

An die Abgeordneten des Landtags in Schleswig-Holstein,
verschickt am 06.02.2020

Rundfunkbeitrag für den öffentlich- rechtlichen Rundfunk (ÖRR) in Deutschland

Anlage III.: Wahlen in Zeiten des „Mine- Exploit-and-Nudge“-Modell und Betrug!

Amnestie und Aufhebung des Beitragszwangs ÖRR

Autor: Christof Sziegoleit

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger Recherche und Analyse übernimmt der Autor keinerlei Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen in diesem Dokument. Haftungsansprüche gegen den Autor, welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen, sofern seitens des Autors kein nachweislich vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden vorliegt.

Der Autor verwendet explizite Begriffe wie „Phantasterei“, „korrupt“ oder „faschistoid“ zu Zwecken der Veranschaulichung. Das bedeutet jedoch nicht, dass in irgendeiner Art und Weise Vorverurteilungen oder unsachgerechte Anschuldigungen oder eine wie auch immer geartete unrechtmäßige Herabwürdigung vollzogen wird.

Die Analyse und Kritik stellt keinen Disrespekt gegenüber den hohen Institutionen dar, sondern ist als Hinweis an die zu verstehen, die die Rolle ausfüllen können, in der Sache Abhilfe und Besserung durchzusetzen.

Alle Rechte liegen bei Autor.

Amnestie und Aufhebung des Beitragszwangs ÖRR

Übersicht über die drei (3) Teile des Dokuments

ÖRR ist zu einem totalitären Instrument zur Steuerung von Denk-, Meinungs- und Verhaltensannahmen geworden. Die Basis dafür bilden die einschlägigen Verträge, Gesetze und Urteile – insbesondere des BVerfG.

Die Anlage I. fundiert die Ausgestaltung des Systems ÖRR, das eindeutige Merkmale von Korruption aufweist. Der ÖRR manifestiert das symbolische Eins der Gewalten. Es wurde ein Rechtsrahmen geschaffen, der Entmündigung und Unterdrückung der Bürger durch Massenverfolgung forciert. Es wurde ein System unter dem Primat „Macht-gegen-Geld“ etabliert und eine neue Gesinnungsethik nicht nur möglich gemacht, sondern totalitär ausgestaltet. Letzteres bedeutet den Bruch mit dem Erbe der Aufklärung, die Verachtung des Prinzip Verantwortung und das Lenken der Bevölkerung über neuste Methoden der Neuro-Wissenschaften, Psychologie und Verhaltens-Ökonomik.

Anlage II. In kurzen Beispielen werden die Diskrepanzen zwischen Rechtsanspruch und Realität aufgezeigt. Die Beispiele mögen hier und da provozierend wirken, insbesondere weil Personen im Mittelpunkt stehen, die in der Prägung der öffentlichen Meinung – u.a. vom ÖRR – stets negativ konnotiert werden. Das Berichten über die Top-Repräsentanten des öffentlichen Lebens löst Sympathien und Antipathien aus. Es ist immer wieder eine Kraftanstrengung, aus den eigenen emotional verankerten Präferenzen das grössere Bild analytisch in seine Strukturen und Mechanismen zu zerlegen. Mehrere Beispiele thematisieren das Berichten des ÖRR über den amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Trump ist – wie vergleichbare Personen – Privatmensch, Politiker und in seiner Aussenwirkung immer Strategie. Er unterscheidet sich darin nicht von anderen politischen Figuren – ob Merkel, Macron oder dem hier fast unbekanntem Xi Jinping. Öffentlich kommunizieren die Personen oftmals im Sinne der nicht-kooperativen Spieltheorie. Medien hätten den Auftrag, zu dekodieren: was sind tatsächlich Ziele, welche Zielgruppe werden angesprochen, was sind verdeckte Botschaften, wo wird verschleiert, welche Strategien werden verfolgt, was sind konkrete Handlungsmaßnahmen und wie sind diese im Kontext zu bewerten. ÖRR wird all dem nicht gerecht. So haben wir Bürger oft keine informatorische Voraussetzungen mehr, die Entscheidungsträger aus sachlicher Distanz, objektiv zu beurteilen. Der ÖRR ist nicht nur medialer Agenda-Macher, sondern prägt im Sinne ideologischer, propagandistischer Mechanismen den öffentlichen Informations- und Debattenraum. Die Beispiele zeigen, wie der ÖRR Medienpolitik macht. Egal ob Trump – es hätte auch reichlich Material zu Frau Theresa May oder Boris Johnson und anderen gegeben –, Putin oder Müller, es gibt immer ein „aber“. Es geht hier darum, herauszuarbeiten, mit welcher tückischen Perfidität sich der ÖRR an den Figuren abarbeitet, die nicht in seinem Sinne handeln. Im Gegensatz wäre die permanente Überhöhung der Kanzlerin ein gesondertes Thema. In der Konsequenz wird Gesellschaft zersetzt und erheblicher Schaden nach innen und außen anrichtet. In den Beispielen wird aufgezeigt, wie verdorben die Organisationen der DW und des ÖRR sind. Die Gewalten aber schauen weg. So ist der ÖRR zum Treiber eines unfassbaren gesellschafts-politischen Verfalls geworden.

Der ÖRR ist aufzulösen und neu zu konzipieren.

Anlage III. geht über die Einzelbeispiele aus der Anlage II. hinaus. Der Einfluss der Bürger auf zentrale Fragestellungen ist minimal. Freie Wahlen galten als die ultimative Möglichkeit, „schlechte“ Regierungen zu beseitigen. Diese Option steht den Bürgern heute nicht nur durch das faktische Fast-Ein-Parteiensystem nicht wirklich zur Verfügung, sondern auch, weil der von SPD, CDU/CSU politisch dominierte ÖRR Wahlen entscheidet. Die Gesetzgeber greifen über das „Mine-Expolit-and-Nudge“-Modell inzwischen systematisch in das Intimste und Innerste – die Identitäten – der Bürger ein. Der ÖRR organisiert dabei die emotionale Welle, z.B. zur Migration. Politik hat in den letzten Wochen wesentliche Weichen gestellt. *Über das Digitale Versorgungsgesetz (DVG) z.B. werden nun alle Gesundheitsdaten – von der Anamnese über die Diagnostik und Therapie – über den gesamten Lebenszyklus der Individuen zentral gespeichert. Die Gesetze in Vorbereitung zu staatlichen Überwachungs-, Zugriffsmöglichkeiten auf Daten bei z.B. „Hass“ stellen finale Dambrüche dar. Das „Informationelle Selbstbestimmungsrecht“ wird nun endgültig ad absurdum geführt. Die Regelungen zur Organspende setzen auf das DVG auf und haben das Scheunentor zu einem menschenverachtenden okkulten Faschismus weit geöffnet. * in Arbeit

Amnestie und Aufhebung des Beitragszwangs ÖRR

Anlage III.: Wahlen in Zeiten des „Mine-Exploit-and-Nudge“-Modell und Betrug!

Inhaltsverzeichnis

I. Das „Mine-Exploit-and-Nudge-Modell“	4
II. Wahlen nach Ratifizierung 15. RÄndStV: Länder – Bund	7
Landtagswahlen nach Abstimmung zum 15. RÄndStV	8
Bundestagswahlen 2013	11
Wahlen nach 2013 im Kontext der AfD	16
Bundestagswahlen 2017	22
III. EU-Wahlen 2019	33

I. Das „Mine-Exploit-and-Nudge-Modell“

Das „Mine-Exploit-and-Nudge-Modell ist ein mehrphasiges Modell, dass i.d.R. auf bestehende Datenbestände aufsetzt und z.B. über Interaktion, positive Rückkopplungen und/oder Freiheitsberaubung und Zwang diesen kontinuierlich erweitern und detailliert.

Das Mining beschreibt das Auffinden, die Profilierung und Analyse der Daten. Exploit umfasst die Ermittlung von Geschäftspotentialen, das Match-Making und die Umsetzung von Transaktionen. Nudging nutzt die Daten, um insbesondere auf Basis von Schwächen und fehlenden Abwehrmechanismen maximalen Einfluss auf Denk-, Meinungs- und Verhaltensannahmen auszuüben.

Das Modell repräsentiert zwei Stoßrichtungen. Zum einen werden umfassend personenbezogene Daten / Informationen – Mine / Exploit – abgezogen oder bereitgestellt, zum anderen wird auf Identitäten gewirkt – Nudging!

Nudging findet seine Konkretisierung in den Arbeiten von Cas Sunstein und Richard Thaler. Im Deutschen wurde der Ansatz des „zarten Stupses“ durch das massive Wirken auf Individuen, dem perfiden Framing und einer verordneten Obrigkeits-Orientierung durch das BVerfG ersetzt.

„Mine-Exploit-and-Nudge“, das ist in Kurzform das MEaN-Modell.

Datenbasen erstellen

Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts. Innovative amerikanische Firmen haben neue Plattformen etabliert, die Milliarden Menschen täglich „freiwillig“ nutzen, weil sie durch die Angebote konkrete Vorteile erfahren. Die Unternehmen machen Spitzenforschung. Die Größe des Marktes, seine Konzentration, die erhebliche Macht der Giganten hat auch in den USA zu erheblichem Missbrauch geführt und kontroverse Diskussionen ausgelöst. Chancen und Risiken werden dort in der Breite und Tiefe diskutiert. Es gibt kartellrechtliche Bedenken und Forderungen zur Machtbegrenzung bis hin zur Zerschlagung.

In Deutschland gibt es das freiwillige Partizipieren an neuen Geschäftsangeboten privater Unternehmen nur im Kleinen. Hier nimmt der Staat eine weit größere Rolle ein, um Datenbasen zu schaffen, die dann reguliert im ganz eigenen MEaN-Modell auszugestalten.

Der ÖRR zeigt z.B. über die zentrale Datenbank zur Führung der Beitragskonten, zusammen mit dem Abgleich der Daten der Einwohnermeldeämter, wie effektiv, Beitragsvollzug und die Eliminierung von Ausnahmetatbeständen organisiert werden können.

Mit Beginn der großen Flüchtlingskrise ab etwa Juli 2015 behauptete die Kanzlerin erst, es gäbe keinen kausalen Zusammenhang zwischen Flucht / Migration und Terror. Die Welt wurde eines besseren belehrt. Unter dem Vorwand, Schutz vor Terror zu schaffen, wurden tatsächlich umfassende Maßnahmen umgesetzt, nämlich die Bevölkerung in Gänze zu überwachen.

Für Milliarden werden national und auf Ebene der EU zur Zeit Datenbanken zur Speicherung und Verwertung personenbezogener Daten aufgebaut.

Fluggastdaten werden routiniert ausgetauscht. Die EU prüft die Überwachung von Bus, Bahn und Schiff. Scans von Fahrzeugen und Gesichtern sind tägliche Praxis. Die Auswertung biometrischer Daten wird beschleunigt. Metadaten werden systematisch erfasst. In Deutschland scheinen manche Städte förmlich im Wettlauf miteinander zu stehen, wer zuerst jeden Winkel mit Überwachungstechnik ausgerüstet hat. Vordergründig geht es um mehr Sicherheit, im Kern jedoch um Daten, die Identitäten der Bürger.

„Die EU-Kommission verhandelt mit Japan über den Austausch von Flugpassagierdaten, Amazon schreibt seinen eigenen Gesetzesentwurf in Sachen Gesichtserkennung und ... Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt soll künftig Rechner hacken dürfen“. Quelle: netzpolitik.org

Entschlüsselungen, Zugriffe über Backdoors, Ausnutzung von Zero-Day-Exploits und aktive Angriffe über Trojaner sind feste Bestandteile des auf Bürger angewandten – nicht nur – staatlichen Waffenarsenals. Hinzu kommt der Einsatz von Selektoren für die Dienste, auch ausländische. Und: „Überwachung am Arbeitsplatz: „Das Kontrollpotential ist riesengroß“.

Der Staat ist angehalten, dafür Sorge zu tragen, dass sparsam mit den Daten der Bürger umgegangen und das informationelle Selbstbestimmungsrecht stets eingehalten wird.

Die Fakten lauten anders: „GroKo weitet digitale Überwachung aus – BKA kündigt Zugriff auf verschlüsselte Kommunikation an“. Quelle: HB, 06.08.2018

„Seit 2005 sind die Kontoabfragen um 7800% gestiegen.“ Quelle ScienceFiles. Für eine angebliche Durchsetzung der Steuerehrlichkeit sollten sparsame Kontoabfragen ermöglicht werden. Tatsächlich explodierte die Zahl der Abfragen. „Im Jahr 2018 sind 796.600 Kontenabrufe erfolgt, davon waren 555.712 Kontenabrufe von Gerichtsvollziehern, 108.315 von den Finanzämter veranlasst.“ Quelle: wikipedia.

Was Politik gestern zugesichert hat, hat heute keine Gültigkeit mehr. Die Dammbrüche haben Methode: „Die Rente ist sicher“! Politik ist nicht vertrauenswürdig!

Zu den gesammelten und auswertbaren Daten gehören Metadaten, Bewegungsprofile und eben auch Inhalte.

Mit Einführung des iPhones 2007 explodierte das Datenvolumen im Bereich Social Media und Commerce. Twitter, Facebook, Google & Co haben Mechanismen gefunden, spielerisch Menschen an ihre Dienste zu binden.

Über filigrane Rückkopplungsmechanismen werden Individuen motiviert, immer mehr von sich Preis zu geben und tiefe Einblicke in ihre seelischen Strukturen, Denk-, Meinungs- und Verhaltensmuster zu gestatten. Und zwar so, dass sie es nicht bewusst merken. Die Bindungsmechanismen werden täglich verfeinert und intensiver. Experten attestieren den Bespielten oftmals Suchtverhalten.

Daten, die aus zurückliegenden Perioden gesammelt wurden, lassen bereits die Erstellung sehr detaillierte Profile zu. Diese Profile schaffen aus einem zeitlich / örtlichen Kontext Möglichkeiten, zukünftige Denk-, Meinung- und Verhaltensannahmen zu antizipieren, vorherzusagen.

Google-Chef: Wir wissen früher als das Individuum, was es will.

Big Data, KI basierend auf leistungsfähiger HW und Algorithmen befeuern die Phantasien, denen sich die GroKo-Adepten nicht entziehen können. Vom Mind-Reading über MEM-Burning zum Transhumanismus.

Die Daten werden verblendet, z.B. mit Bankdaten- und Transaktionsdaten. Bewegungsprofile sind über Erfassungen in Funkzellen und mit GPS lückenlos aufzeichnenbar. Vorlieben – für Kommerz, Ernährung, Liebe, Spiel und Politik werden raffiniert über Likes, eMojies, Foreneinträge und Chats systematisch erfasst.

Das geschickte Verblenden von Datenmaterialien unterschiedlicher Quellen erlaubt immer treffsichere Vorhersagen. Denk- und Entscheidungsprozesse können immer effektiver im Detail beeinflusst werden.

Die moderne Psychologie, Verhaltensökonomie und Neurowissenschaften machen atemberaubende Fortschritte. Twitter, Google und Facebook sind die bekanntesten Namen der Trendsetter. Das Micro-Targeting von Cambridge Analytica auf Basis von missbrauchten Facebook-Daten brachten es zum US-Wahlkampf 2016 in die Schlagzeilen.

„Amnesty International: Google & Facebook's "Surveillance-Based" Model Threatens Human Rights !“ Quelle: ZH, 27.11.2019

Intensiv wird zu weichen Faktoren wie der Emotionserkennung geforscht. Gang/Haltungs-, Gesichts- und Stimmanalysen liefern tiefe Einblicke in emotionale Zustände. Die kommerzielle Nutzung läuft fortlaufend entlang mehrerer Dimensionen. Über audio-visuelle Merkmalsextraktion lassen sich zunehmend Gefühl, Emotion, Stimmung und Persönlichkeit decodieren und typspezifisch beeinflussen. Der AINOW Report 2019 der NYU z.B. geht tiefer.

Diese Ansätze sind sehr viel tiefer und differenzierter, als die Emotionserkennung aus Schrift – einschliesslich Symbolen wie Likes oder eMojies – und Wort (Semantik).

Daten und Psychologie sind der Hebel für den maximalen Exploit, die Ausschlichtung der intimsten Persönlichkeitsinformationen. Die Daten dienen nicht nur gezielter Werbung. Mit ihrer richtigen Profilierung können Wahlen gewonnen, ggf. Kriege entschieden werden.

Die Möglichkeiten des Nudgings stoßen international auf grosses Interesse. Nudging ist nicht das positive Stupsen zum vermeintlich Besseren. Drohkulissen können ebenso wirksam aufgebaut wie Belohnmechanismen eingesetzt werden. Fördern und Fordern geht weit über das verfassungswidrige Hartz-IV hinaus.

China experimentiert im Kontext eines Social-Profiling mit Sanktionen. Wer zu oft bei Rot über die Strasse läuft bekommt z.B. nicht das gewünschte Zug-Ticket.

Viel gravierender ist, dass sich zu Individuen Konformitätsprofile erstellen lassen. In Deutschland wird das bis zum Exzess über Meinungsumfragen gemacht, die allerdings durch Falschaussagen, vorsätzlichen Betrug und übermäßige Verwendung – täglich, ggf. mehrere – zunehmend zur stumpfen Waffen werden. Wirksamere Methoden werden aktiv erprobt. SPD / CDU gehen über das Digitale Versorgungsgesetz, die faktische Abschaffung des Datenschutzes und die weiterhin angestrebte Doppelte Widerspruchslösung! einen anderen Weg. Der ist in der Historie begründet.

Bei vollständiger Transparenz der Bürger ist ein subtiles Erziehungs-Management bereits auf der Mikro-Ebene – im Kleinen – durchsetzbar. So wird nicht nur jeder Widerstand bereits im Keim erstickt, sondern jede von einer vorgegebenen Norm abweichenden Denk-, Meinungs- oder Verhaltensannahme Gegenstand einer möglichen „Korrekturmaßnahme“. Kleinste Abweichungen können sanktioniert werden. In der Konsequenz können nicht nur Kreativität, Innovation und Freiheit erstickt, sondern auch jede Form des Widerstandes im Ansatz blockiert werden.

Es gibt auch „grobe“ Verfahren zur Disziplinierung: Heute ist es möglich, eine Wegfahrsperre zu aktivieren oder individuell z.B. ein Smartphone sperren zu lassen. Die Konsequenzen für Familie, geschäftliche Organisation, Bank-Transaktionen (mobileTAN), Zugang zu Vertrags-, Gesundheitsdaten, können verheerend sein.

Freiheitsberaubende Kontrolle wird bereits dann ausgeübt, wenn es die Möglichkeit des staatlichen „Korrektureingriffs“ gibt. Die Menschen denken und verhalten sich so, wie sie meinen, dass es von ihnen erwartet wird.

Freedom of Thought, freedom of Mind werden in den USA als Grundrechte eingeklagt. Z.B.:

The Autonomous Mind: The Right to Freedom of Thought in the Twenty-First Century

(<https://www.frontiersin.org/journals/1437/sections/1465#articles>)

Die Aspekte des Wirkens / Nudgens auf Individuen und Gesellschaft ergeben sich aus dem Gesamtbeitrag. Hier sei nur herausgehoben, dass der Mensch aus der Evolution keinerlei Schutzmechanismen mitbringt, sich vor den vehementen „Mind Fucks“ zu schützen.

Es muss ganz neu erlernt werden: Alles hinterfragen, Hirn trainieren, Vorurteile analysieren und weiterentwickeln, bewusst / aufmerksam Leben, Medien-Konsum / Erreichbarkeit einschränken, Daten / Informationen / Integrität schützen.

Die Menschen haben keine wirksamen Abwehrmechanismen gegen die Angriffe aus dem „MEaN-Modell“. Sie sind wehrlos, nicht trainiert und ungeschützt dem Missbrauch preisgegeben. Die Freiheit des Denkens- und des Meinens sind aber zentrale Grundrechte, die zu schützen sind! Bei Wahlen wird mit MEaN experimentiert. Hilft das nicht, greift Betrug!

II. Wahlen nach Ratifizierung 15. RÄndStV: Länder – Bund

SPD, CDU/CSU hatten im Verlauf des Jahres 2011 in allen Landesparlamenten für die Annahme des 15. RÄndStV gestimmt. Bei den Grünen stimmten 20 % der in den Landtagen vertretenen Fraktionen gegen die Annahme des Gesetzes. Andere Parteien waren noch „skeptischer“. Die Positionierung der Parteien zur Annahme oder Ablehnung des 15. RÄndStV sollte weitgehende Konsequenzen für sie haben.

Parteien, die für die Annahme des neuen Finanzierungsmodells des ÖRR stimmten, sollten bei den folgenden Wahlen reüssieren. Parteien, die sich gegen die Haushalts- und Betriebsstättenabgabe – den Rundfunkbeitrag – gewandt, also gegen die Annahme des 15. RÄndStV gestimmt hatten, sollten mit Macht diszipliniert werden! Sie mussten teils starke Verluste bei den nachfolgenden Landtagswahlen verkraften.

Es wurden die Wahlen der letzten Jahre aus Landes-, Bundes- und EU-ebene beleuchtet:

- Landtagswahlen nach Abstimmung zum 15. RÄndStV;
- Bundestagswahlen 2013;
- Parteien und der ÖRR reagieren auf das Erstarren der AfD;
- Bundestagswahlen 2017;
- EU-Wahlen 2019.

Der ÖRR hat maßgeblichen Einfluss darauf, wer bei Wahlen gewinnt und wer „verliert“.

- *Die Parteien der „alten“ Mitte sind ein „symbiotisches Eins“ mit den Rundfunkanstalten eingegangen. Der ÖRR begünstigt die, die ihn in Milliardenhöhe unterstützen und fördern. Es gilt: „Macht gegen Geld“! Gegner des 15. RÄndStV wurden abgestraft!*
- *Ab 2013 veränderten sich die Strukturmuster. Mit dem Auftritt der AfD wurden nun enge Kooperationen zwischen Politik und ÖRR realisiert. Das vollständige Ende einer unabhängigen Vierten Gewalt wurde eingeläutet. Die 80-Prozent-GroKo hat zusammen mit dem ÖRR ein neues Denk-, Meinungs- und Verhaltens-Management exekutiert.*
- *Der ÖRR verhindert politische Veränderung, Erneuerung und Vielfalt. Er zementiert mit seiner emotionalisierten Monothematik politische Strukturen, obwohl die alten Volksparteien am Ende ihres Lebenszyklusses angekommen zu sein scheinen.*

==> Der ÖRR beeinflusst und manipuliert an entscheidender Stelle Wahlen!

==> Parteien, die dem ÖRR ungehindertes Erlöswachstum zubilligen, gewinnen Wahlen, Kritiker des ÖRR verlieren!

==> Rundfunk hat "staatsfrei" zu sein, damit sich das NS-Regime nie wiederholt!. Merkel und das BVerfG haben die Staatsfreiheit gekippt. Das Scheunentor wurde weit aufgestoßen!

==> Das symbiotische Eins zwischen Politik und ÖRR zerstört Demokratie.

Landtagswahlen nach Abstimmung zum 15. RÄndStV

Die Debatten – wenn die Landesparlamentarier denn genügend „Bock“ hatten, diese zu führen – waren reine Spiegelfechterei. In der Sache ging es darum, ein feudal-totalitäres Zwangssystem zu schaffen und zu implementieren. Feudale Bereicherung auf Seiten der Rundfunkanstalten, Machtabsicherung auf Seiten der Politik.

„Macht gegen Geld“, heisst das Paradigma, das die Eliten der alten Parteien mit dem ÖRR durch das „symbiotischen Eins“ verfolgen.

Aber stimmt das denn? Um einer Bestätigung der Hypothese näher zu kommen, wurde untersucht, wie sich das Handeln der Politik in Bezug auf die Rundfunkanstalten und hier konkret: der Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung zum 15. RÄndStV auf die Wahlerfolge der politischen Parteien ausgewirkt hat.

Dieser Zusammenhang wurde im Detail für die Landtagswahlen, die auf die Ratifizierung des 15. RÄndStV folgten, in allen sechzehn (16) Bundesländern untersucht. Für die Bundestagswahl 2013 wurde ergänzend untersucht, ob es neben der Zustimmung oder Ablehnung des 15. RÄndStV konkrete Verhaltensaspekte gab, die einen Einfluss auf den Wahlausgang gehabt haben könnten. Mit dem Aufkommen der AfD haben sich die Spielregeln und Wahl-Szenarien dann grundsätzlich verändert.

Zustimmung zum 15. RÄndStV

SPD, CDU/CSU stimmten in allen sechzehn (16) Landesparlamenten zu 100 % für die Annahme des 15. RÄndStV. So wurde der von den Ministerpräsidenten und -präsidentinnen bereits unterzeichnete „Vertrag“ faktisch ohne eine einzige Änderungen über die Zustimmungsgesetze in jeweiliges Landesrecht – Rundfunkbeitrags- (RBStV) und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag (RFinStV) – überführt.

Weiterhin stimmten **für** die Annahme des 15. RÄndStV (über 16 Landesparlamente):

- Die Grünen in zwei-drittel – 66,67 %;
- Die FDP in 58,33 %;
- Die Linke in 30,77 %;
- Andere: in Null – 0 %;

aller Fälle.

Ablehnung zum 15. RÄndStV

Gegen die Annahme des 15. RÄndStV stimmten in Summe:

- Die Grünen in ein-fünftel ==> 20,00 %;
- Die FDP in ein-drittel ==> 33,33 %;
- Die Linke in 61,54 %;
- Andere: immer, zu 100 %!

aller Fälle.

Ergebnisse Landtagswahlen

Es wurde weiter untersucht, ob das Abstimmungsverhalten zum 15. RÄndStV mit dem Abschneiden der Parteien bei den darauf folgenden Landtagswahlen korrelierte. Zustimmung des 15. RÄndStV

SPD, CDU/CSU

Die Parteien der Zustimmung konnten in 50 % aller Landtagswahlen bei Mandaten oder prozentual Zugewinne verzeichnen. Wenn es Änderungen in der Regierungsverantwortung gab, dann zwischen SPD und CDU.

Die Grünen

Nur, wo Die Grünen für die Annahme des 15. RÄndStV gestimmt hatten, konnten sie bei den darauf folgenden Landtagswahlen zulegen. Insgesamt war das in der Hälfte aller Zustimmungsfälle der Fall.

FDP

Nur, wo die FDP für die Annahme des 15. RÄndStV gestimmt hatte, konnte sie bei den folgenden Landtagswahlen zulegen. Insgesamt war das in zwei Landtagen der Fall.

Die Linke

Berlin: Zwang zur Zustimmung 15. RÄndStV (Koalitionsfrage). Dennoch verlor „Die Linke“: Opposition ab 2011. ==> GroKo-Senat-Berlin: Wowereit IV.

Ablehnung des 15. RÄndStV

SPD, CDU/CSU

Es hab keine Ablehnungen, auch keine Gegenstimmen.

Die Grünen

Die Grünen waren in 15 / 16 Landesparlamenten vertreten. 3 mal stimmten Die Grünen gegen die Annahme des 15. RÄndStV. Enthaltungen gab es 2 mal.

Ergebnis: in zwei-drittel – 66,67% – der Fälle erlitten die „NEIN-Sager“ zum 15. RÄndStV schwere Verluste in den darauffolgenden Landtagswahlen.

FDP

Die FDP war in 12 / 16 Landesparlamenten vertreten. 4 mal stimmte die FDP gegen die Annahme des 15. RÄndStV. Enthaltungen gab es 1 mal.

Ergebnis: in drei-viertel – 75,00% – der Fälle erlitten die „NEIN-Sager“ zum 15. RÄndStV in den darauffolgenden Landtagswahlen nicht nur schwere Verluste, sie scheiterten an den 5%-Hürden und flogen aus den Landesparlamenten raus!

Die Linke

Die Linke war 13 / 16 Landesparlamenten vertreten. 8 mal stimmte Die Linke gegen die Annahme des 15. RÄndStV. Enthaltungen gab es 1 mal.

Ergebnis: in drei Fällen – 37,50% – erlitten die „NEIN-Sager“ zum 15. RÄndStV in den darauffolgenden Landtagswahlen schwere Verluste. In weiteren drei Fällen – 37,50% – scheiterten sie zudem an den 5%-Hürden und flogen aus den jeweiligen Landesparlamenten raus!

Andere

„Andere“ waren in 3 / 16 Landesparlamenten vertreten. 3 mal stimmten sie gegen die Annahme des 15. RÄndStV.

Ergebnis: in zwei-dritteln der Fällen – 66,67% – erlitten die „NEIN-Sager“ zum 15. RÄndStV in den darauffolgenden Landtagswahlen schwere Verluste. In – 33,33% – der Fälle scheiterten sie zudem an der 5%-Hürde und flogen aus dem Landesparlament raus!

Die **AfD** wurde nicht berücksichtigt, da diese Partei zum Zeitpunkt der Abstimmung zum 15. RÄndStV noch nicht in Landesparlamenten vertreten war.

1. Die Ergebnisse bei der Zustimmung korrelieren sehr eng. Die Parteien der „Zustimmung zum 15. RÄndStV“ konnten in Summe ihre Machtposition halten oder ausbauen. Bei allen anderen Parteien hatten die „Parteien der Zustimmung“ signifikant höhere Chancen, bei den darauffolgenden Landtagswahlen zu gewinnen.

2. Bei den NEIN-Sagern – Ablehnung des 15. RÄndStV – korrelieren die Ergebnisse fast 1 zu 1 – zu über 80 % – mit dem Abschneiden bei den darauffolgenden Landtagswahlen. Die Grünen – als gemäßigte und nur vereinzelt NEIN-Sager – erlitten in den in den darauffolgenden Landtagswahlen zwar Verluste, aber die „fundamentalen Gegner“ – FDP, Linke, andere – des 15. RÄndStV hatten nicht nur Verluste, sondern – eins-zu-eins – das Ausscheiden aus den Landesparlamenten zu beklagen.

Diskussion

Der Zusammenhang zwischen Abstimmungsverhalten zum 15. RÄndStV und dem Abschneiden bei den darauffolgenden Landtagswahlen ist – insbesondere bei der Ablehnung zum 15. RÄndStV – eindeutig und stark korreliert aber nicht monokausal.

Wahlergebnisse hängen natürlich von Programmen, der Kompetenz der Parteien und dem Auftritt der insbesondere des Spitzenpersonals ab. Aber: kurzfristige Eindrücke und Stimmungsbilder haben einen zunehmenden Einfluss auf das Abschneiden politischer Parteien und Personen.

Hier spielt der ÖRR eine zentrale Rolle. Seit nunmehr zwölf (12) Jahren weicht der sachlichen Berichterstattung ein ausgeklügeltes Meinungs-Management. Ein zentrales Instrument spielt dabei die Meinungsforschung. Der ÖRR hat sich eigene Organisationseinheiten aufgebaut oder kooperiert eng mit externen Partnern (starke Abhängigkeitsverhältnisse), um über Meinungsforschung Wahlergebnisse zu steuern.

In der Regel werden tagelang über alle Kanäle emotionalisierte Meinungsbilder gesendet. Dann werden Meinungstrends ermittelt, bei denen nun genau das bestätigt wird, was zuvor gesendet wurde. Über die Methoden des Konformitätsdruck werden gewünschte Ergebnisse, Verhaltensannahmen und Abstimmungsergebnisse „herbei geredet“, um dann von „Unabhängigen“ wissenschaftlich fundiert – oder auch nicht – bestätigt zu werden.

Der ÖRR hat durch seine Darstellung zum o.g. Themen seine Meinungsherrschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Der ÖRR hat sogar entscheidenden Einfluss auf Wahlergebnisse!

Anmerkung: Es wurden sämtliche Debattenbeiträge zum 15. RÄndStV ausgewertet, das politische Umfeld 2011 analysiert und die Berichterstattung des ÖRR zu den darauf folgenden Landtagswahlen gemonitort. Die **qualitativen** Untersuchungen dienten dem Zweck, die formalen und eindeutigen Korrelationsergebnisse zu unterstützen. Und diese sprechen eine eindeutige Sprache!

Die Parteien, die sich versagten dem ÖRR sein exzessive Bereicherungs- und Unterdrückungssystem zu finanzieren, wurden „medial“ abgestraft. Sie verloren politischen Einfluss und Macht! Sie verloren Wahlen!

Der ÖRR entscheidet, wer Wahlen gewinnt!

Bundestagswahlen 2013

Der ÖRR hat ist für Parteien zum wahlentscheidenden Faktor geworden. Aber wie sieht es bei einzelnen Politikern aus, die sich in ihrem Verhalten klar zum ÖRR positioniert haben? Dieser ergänzende Aspekt kann am Beispiel Bundestagswahlen 2013 verdeutlicht werden.

Ausgangslage

Ein paar Jahre zurück, das Jahr 2003: Es platzt eine Bombe!

Die Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber (CSU, Bayern), Prof. Georg Milbradt (CDU, Sachsen) und Peer Steinbrück (SPD, Nordrhein-Westfalen) verfassten 2003 das nach ihren Initialen benannte SMS-Papier, in dem eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verlangt wurde.

Zweck war vor allem die Verhinderung einer Anhebung Rundfunkgebühr, entsprechend der Bedarfsforderung und der Empfehlung der KEF (+ 13%). Gefordert wurden im „SMS-Papier“ drastische Einsparungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, so z.B. durch: Sendezeitbeschränkungen, Abbau von Doppelstrukturen und Personal, die Zusammenlegung von Sendern sowie der Wegfall von Programmen.

Dieser „rundfunkpolitische Paukenschlag“ stieß zum Teil auf vehemente Ablehnung und sorgte für lebhafte Diskussionen. Wichtige Forderungen des „SMS-Papiers“ flossen in den Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (8. RÄndStV) ein, der am 1. April 2005 in Kraft treten sollte.

Ablauf (nur wesentliche Punkte)

- SMS-Konzeptpapier 2003, Schreiben an die Kollegen Ministerpräsidenten, Nov. 2003;
- Rundfunkkommission erteilt KEF den Auftrag zur Ausgestaltung, Neuberechnung der Finanzierung ÖRR;
- Unterschriften-Aktion von insbesondere Kultur-Schaffenden gegen das SMS-Papier;
- Anstalten fahren schwere Geschütze auf: Klage BVerfG!
- KEF reduziert Bedarfsanmeldung der Anstalten und erste Genehmigung von 2,00 Euro Gebührenerhöhung p. Monat für die Periode 2005 - 2008 auf 1,09 Euro p. Monat:
- Ministerpräsidenten: Einigung auf 88 Ct. p. Monat, 8. RÄndStV ab 01.04.2005;
- Klage der Anstalten BVerfG: 2. Gebührenerurteil 2007 ==> Urteil: Anstalten im Recht, Erhöhung in Stufen!
- Federführender Richter am 1. Senat des BVerfG: Ex-Chef Hans-Bredow-Institut: finanziert durch die Anstalten, nominiert durch die SPD!

Das Vorgehen der Ministerpräsidenten hatte Konsequenzen

Konsequenzen für die SMS-Verfasser aus CDU und CSU

- Prof. Milbradt (CDU), Ministerpräsident Sachsen, stolpert über die SachenLB-Affäre: Rücktritt 2008. Das war unüblich. Normalerweise werden solche „Skandale“ ausgesessen, was mehrfach in schwerwiegendere Fällen geklappt hat. Hier aber wurde über den ÖRR ausnahmsweise Druck aufgebaut, der zum Rücktritt führte.
- Stoiber (Bayern, CSU), zog die Konsequenzen aus stets fallenden Umfragewerten (Beliebtheit) und trat 2007 von seinen politischen Ämtern zurück.

- 2002: Stoiber verlor mit 6.027 Stimmen (= 0,01 %) Rückstand die Kanzlerkandidatur gegen Schröder (je 38,5 %);
- Dann: Stärkstes Ergebnis als Ministerpräsident 2003 (60,7 %): SMS-Papier war in der Wahlkampf-Berichterstattung noch nicht relevant! Das aber änderte sich dann;
- „Neues“ Covering Stoibers durch den ÖRR: zögerlich, unbeholfen (Versprecher: Transrapid), „linkisch“ bis „leicht verrückt“;
- 2005: setzt sich nicht als Superminister im Kabinett Merkel I. gegen Schavan durch; Rückkehr Landespolitik;
- Aufgabe politische Ämter 2007 ==> Ehrenamt Brüssel: Bürokratieabbau! bis 2014.

Milbradt (CDU), hatte sein politisches Ende im Wesentlichen selber zu vertreten. Stoiber (CSU) wurde vom ÖRR medial Schritt für Schritt ins Abseits geführt.

Konsequenzen für den SMS-Initiator der SPD, Peer Steinbrück!

- Der SMS-Verfasser wird isoliert
 - Peer Steinbrück erhielt erst Unterstützung, wurde dann aber zunehmend isoliert;
 - Interne Gegner: zu nennen sind Kurt Beck (Rheinland-Pfalz) und Klaus Wowereit (Berlin);
 - Heide Simonis (S-H) unterstützt zuerst das SMS-Papier, distanzierte sich im Verlauf 2005, Heide-Möder ==> ein „Trojaner“?
 - Heide Simonis, S-H ==> verliert Wahlen (17. März 2005) an Peter Harry Carstensen (CDU);
 - Peer Steinbrück, NRW ==> Verliert Wahlen (22. Mai 2005) gegen Jürgen Rüttgers (CDU).
- Profiteure: pro Vollfinanzierung ÖRR'
 - Klaus Wowereit (SPD), Regierender Bürgermeister von Berlin, wird das SMS-Papier öffentlich in Frage stellen. Höheren Gebühren stimmt er zu (Kameras des ÖRR: roter Teppich, suggeriert: „ein echter Staatsmann“). Später wird er die Zustimmung der Linken zum 15. RÄndStV mit der Koalitionsfrage verbinden. Regiert trotz milliarden-schwerer Fehlleistungen immer weiter: 2001 - 2013.
 - Kurt Beck (SPD) regiert bis 2013, ex-Verwaltungsratsvorsitzender ZDF, Initiator des Rundfunkbeitrags. Als Ministerpräsident Rheinland-Pfalz war Beck automatisch Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder. Er hatte mit „seiner“ Staatskanzlei die Federführung und Koordinationshoheit über Staats- und Änderungsstaatsverträge. Er war es, der den gesamten gesetzgeberischen Vorgang dann grundgesetzwidrig an die Rundfunkanstalten übertragen – outgesourct – hatte. Beck hat hunderte von Millionen an Steuergeldern „verbrannt“ und den ersten Minister gestellt, der wegen Untreue in den Knast wanderte.
- Bei den Bundestagswahlen 2013 tritt Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat der SPD gegen die Amtsinhaberin Dr. Angela Merkel (CDU) an.
 - Es gab keine volle Unterstützung innerhalb der Partei für Steinbrück;
 - Sigmar Gabriel wurde öffentlich von Steinbrück diszipliniert und zur Unterstützung aufgefordert;
 - Steinbrück hatte Probleme mit Personal und Organisation.

Der Abschied von Steinbrück erfolgt am 13.06.2013 bei einem Solo-Auftritt bei Maybrit Illner, ZDF!

Eine Weichenstellung war die Gesprächsrunde Maybrit Illner / Steinbrück,

► Quelle: maybrit illner | 13.06.2013 | "Wie wollen Sie Kanzler werden, Herr Steinbrück?" [HD] – YouTube.

Fragen Illner (Hier im Auszug die ersten vier (4) Fragen. Die vollständige Transkription der Interviewfragen, liegt vor.)

Herr Steinbrück, Sie haben in dieser Woche sich von Ihrem Sprecher getrennt und einen neuen Sprecher für diese Zeit des Wahlkampfes jetzt noch berufen. Glauben Sie, dass der ausbleibende Erfolg in erster Linie ein Kommunikationsproblem ist?

Dieser Wechsel war nun nicht nur für die Medien noch mal Anlass, Herr Steinbrück, alles zusammen zu fassen und zusammen zu sammeln, was an Pannen und Fettnäpfchen sich so angesammelt hatte in der letzten Zeit. Ist das ein guter Start für die kommenden hundert Tage?

... aber ist doch interessant. ... hm, ähm, ... todrichtige Bemerkung. Horst Seehofer hat ein riesiges Problem mit der Vetternwirtschaft in Bayern. Herr de Maizière wackelt, die Bildungsministerin musste zurücktreten. Zwei andere Punkte haben Sie erwähnt. Im Grunde genommen legt Ihnen diese Regierung ständig einen auf den Elfmeterpunkt und warum können Sie den verwandeln?

Ah hm, auch dazu werden wir auf jeden Fall noch kommen und wir wissen übrigens auch, dass Umfragen natürlich nur Momentaufnahmen sind und trotzdem, Herr Steinbrück, hat man momentan das Gefühl, dass der Trend offensichtlich nicht ein Genosse ist.

Illner spielt mit Verzögerung ein Videomitschnitt Rede Steinbrück ein: „Ich will Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden“ und graphisch aufbereitet Umfragewerte: Wenn morgen Bundestagswahlen wären, würden ...? Auf die Frage, wen sie sympathischer finden, Und wem glaubt man mehr? Quelle: Forschungsgruppe Wahlen. Wiederholung: „Ich will Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden“. Dann: „Wer soll denn nun Kanzler sein? Sie soll bleiben.“

Herr Steinbrück, wie wollen Sie das Ruder noch einmal herumreissen?

<Ende des Ausschnitts>.

Bei wikipedia ist zu lesen:

Maybrit Illner war Mitglied der SED

Quelle: wikipedia, Maybrit Illner

Dr. Angela Merkel: „Angela Merkel etwa war in den 1980er-Jahren FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda an der Akademie der Wissenschaften der DDR. In der DDR gab es bereits an den Schulen die Position des Agitators.“

Quelle: wikipedia, Agitation

Zum Bundestagswahlkampf 2013 hatte Illner Herrn Steinbrück in ihrem ZDF-Talk am 13.06.2013 auf das Perfideste vorgeführt.

Steinbrück

- hatte keine Gelegenheit, Inhalte im Stück und Kontext darzustellen,
- wurde permanent unterbrochen,
- wurde fortlaufend, negativ-suggestiv, in eine Rechtfertigungs-Rolle gedrängt.

ÖRR' hat nicht nur Einfluss auf den Erfolg von Parteien – s. Landtagswahlen in Korrelation zum Abstimmungsverhalten 15. RÄndStV – sondern maßgeblichen Einfluss auf Personen und deren politischen Erfolg! Die Umfragewerte sanken weiter.

Ergebnisse der Bundestagswahl 2013

Als einzige Parteien, die im Bundestag vertreten sein sollten, konnten SPD, CDU/CSU zulegen. Sie gewannen 2,7 bzw. 7,7 % dazu. Das Wahlergebnis korreliert 1-zu-1 mit dem Abstimmungsverhalten – Ja: 100 % Annahme – zum 15. RÄndStV!

Alle anderen Parteien verloren:

- Die Grünen: - 2,3 %
- Linke: - 3,3 %
- FDP: - 9,8 %

Die AfD holte 4,7%, scheiterte aber an der 5%-Hürde.

Die Wahlergebnisse korrelieren bei den Parteien mit Zustimmung zum 15. RÄndStV zu 100 %!

Die Gegner des 15. RÄndStV wurden abgestraft. Die Reihenfolge bei Die Linke und FDP verschob sich um eine Position. Allerdings: die FDP hatte die schärfsten Argumente gegen den 15. RÄndStV und damit gegen die Haushalts- und Betriebsstättenabgabe.

Innerhalb des Wettbewerbs zwischen SPD und CDU/CSU spielte dann die persönliche Positionierung zum ÖRR die ausschlaggebende Rolle. Steinbrück, mit seinem SMS-Vorstoß, war zu eliminieren.

Ab 2013 bestand dann die Regierungspartei aus einem 80%-Cluster. Die Oppositionsparteien spielten faktisch keine Rolle mehr. Zudem gingen SPD, CDU/CSU eine immer enger werdende Symbiose mit dem ÖRR ein.

Dr. Angela Merkel lässt sich in der Zwischenzeit umfassend von dem ZDF-finanzierten Meinungsforscher – „Forschungsgruppe Wahlen“ – eng beraten. Es gibt zunehmend sog. Hintergrundgespräche mit ausgewählten Medienvertretern, insbesondere aus dem Umfeld des ÖRR. Politik und Medien stimmen ihre Themen-, Berichte und Kampagnen miteinander eng ab.

Zu den Ergebnissen

Qualitativ hängen Wahlerfolge von mehreren Faktoren ab. Der Zusammenhang Pro-/Kontra gegenüber dem ÖRR und dem parteilichen wie persönlichen Erfolg sind nicht monokausal.

Dennoch: auf der personenbezogenen Ebene zeichnen sich Wirk-Muster ab! Für SPD, CDU/CSU gibt es eine eindeutige Korrelation: Zustimmung 15. RÄndStV und Erfolg bei den Bundestagswahlen 2013. Ebenso gilt diese Korrelation bei den Gegnern des 15. RÄndStV, bis auf eine Verschiebung bei der Platzierung (FDP – Linke).

Fazit: Der ÖRR ist Königsmacher. Er entscheidet als „Staat-im-Staate“ ganz maßgeblich über den Wahlerfolg von Parteien und Personen. Wohlwollendes Verhalten gegenüber dem ÖRR – die Ratifizierung des 15. RÄndStV brachte Milliarden! – wird honoriert, Kritiker – Kritiker sind solche, die sich auch gegen feudale Bereicherungsexzesse stemmen – werden sanktioniert.

Seit dem die Ergebnisse zum SMS-Papier wie zum Abschneiden der Parteien bei den Landtagswahlen nach 2011 und den Bundestagswahlen 2013 bekannt sind, gibt es keine Kritik seitens der Politik mehr am ÖRR. Im Gegenteil: ungezügelter Expansion wird immer wieder massiv von der SPD gefordert und weitgehend von der CDU unterstützt.

Seehofers (CSU) Ansatz zur Strukturanpassung ARD, ZDF ist als „populistische Wahltaktik 2017“ einzustufen: weder ernst gemeint, noch durchdacht oder in der Sache wirkungsvoll. Ebenso ist der Vorschlag Hasselhoff (CDU) einzuordnen, dass sich Buhrow, WDR, das Gehalt kürzen soll.

Die Linke ist ebenso verstummt, wie die FDP. Der ÖRR hat bei SPD, CDU und Die Grünen eigen Mitarbeiter – teils in exponierten Stellungen – platziert. So sind ehemalige MitarbeiterInnen der Rundfunkanstalten in wichtigen medien-politischen Funktionen platziert (sog. Trojaner) oder sogar als Sprecher der Bundesregierung aktiv. Andersherum sind verschiedene Parteigrößen aktiv im ÖRR gesetzt.

Die etablierten Parteien sind ein kritikloses, „symbiotisches Eins“ mit dem ÖRR eingegangen. Es gilt: Macht gegen Geld!

Zwischenfazit zu: Bundestagswahlen 2013

(5) Kriterien: **Ideologie, Freiheit / Gleichheit, Korruption, Wettbewerb, Manipulation.**

- ==> Das Abschneiden der Parteien bei der Bundestagswahlen 2013 korreliert 1-zu-1 mit dem Abstimmungsverhalten zum 15. RÄndStV überein.
- ==> Mit dem Initiator des SMS-Papiers hatte der ÖRR noch „eine Rechnung offen“. Diese wurde u.a. bei Maybrit Illner beglichen.
- ==> Mit der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel (CDU), ist der ÖRR eine strategische Kooperation eingegangen (u.a. ZDF, Forschungsgruppe Wahlen).
- ==> Der ÖRR ist zum „Staat-im-Staate“ geworden! Er entscheidet Wahlen abhängig davon, wer ihn mit erheblichen Finanzmitteln unterstützt.
- ==> Gab es bis 2011 noch punktuell deutliche und artikulierte Kritik am ÖRR, sind nunmehr alle Kritiker aus der Politik verstummt. Die Vierte Gewalt hat erhebliche Macht auf Erfolg und Misserfolg von politische Parteien und Personen.
- ==> Politik und Gesetzgeber fallen als ohnehin einziges Korrektiv des ÖRR vollständig aus. Die strategischen Verhaltensannahmen heissen nun: Symbiose! Es gilt das Primat: „Macht-gegen-Geld“.

Wahlen nach 2013 im Kontext der AfD

Landtagswahlen 2014 - 2017

2014 zog die AfD erstmals in drei Landesparlamente ein

- Sachsen: 9,7 %, 31.08.2014;
- Brandenburg: 12,2 %, 14.09.2014;
- Thüringen: 10,6 %, 14.09.2014.

Bei den einzigen Landtagswahlen 2015 schaffte die AfD den Einzug in den SPD-Hochburgen

- Hamburg (6,1 %) und
- Bremen (5,5 %). In Bremen kam es zu Unregelmäßigkeiten – ggf. Betrug – bei der Stimmenauszählung.

Am 13.03.2016 fanden drei Landtagswahlen statt. Die AfD reüssierte durchgängig:

- Baden-Württemberg (15,1 %);
- Sachsen-Anhalt (24,3 %);
- Rheinland-Pfalz (12,6 %).

Später dann

- Mecklenburg-Vorpommern (AfD: 20,8 %), 04.09.2016;
- Berlin, (AfD: 14,2 %), 18.09.2016.

2017 folgten Landtagswahlen in:

- Schleswig-Holstein (AfD: 5,9 %), 07.05.2017;
- NRW (AfD: 7,4 %), 14.05.17;
- Niedersachsen (5,9 %), 15.10.2017.

2019 Landtagswahlen in

- Thüringen
- Brandenburg
- Sachsen-Anhalt

Die AfD legte überall im zweistelligen Prozent-Bereich zu. Die AfD war die Gewinner-Partei, was medial jedoch anders geframed wurde. Umfragewerte wurden vor der Wahl abgesenkt. Lag die CDU dann knapp über den Umfragewerten wurde sie als Gewinnerin inszeniert.

Bundestagswahlen Oktober 2017

Dann die Bundestagswahlen Oktober 2017: AfD zieht erstmals mit 12,6 % ein.

Die AfD ist die einzige Partei, die sich grundsätzlich gegen das Finanzierungsmodell des ÖRR stellt. Als ein Sonderfaktor für den Erfolg der AfD wird die sog. Flüchtlingskrise genannt. Ab Juli 2015 fuhren die Medien dazu die Berichterstattung synchronisiert und in bis dahin unbekannt hysterischer Dimension (Studien dazu: z.B. Hamburg Media School (HMS), Projektleitung Prof. Michael Haller, 2016) hoch.

Viele Bürger, die die Genfer Flüchtlingskonventionen zu 100 Prozent bejahen und sich persönlich stark für die Aufnahme der Flüchtlinge engagiert haben, haben die Medienberichterstattung unter Führung des ÖRR als synchronisierten Meinungs-Terror wahrgenommen.

Die Flüchtlings-Politik steht in einem kausalen Zusammenhang mit dem Erfolg der AfD, ist aber bei weitem nicht die einzige Ursache.

Fazit: Ab 2014 verliert das Zentrum der Gewalt – SPD, CDU/CSU und ÖRR – an Macht!

Hypothese: ÖRR choreographiert Wahlen

Wahlen März 2016: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt

Im Vorfeld der Landtagswahlen am 13.03.2016 gab es auffällige Entwicklungen in Baden-Württemberg aber insbesondere in Rheinland-Pfalz. Über Wochen wurden Wahlkampfformate zwischen Politik und dem ÖRR nicht nur abgestimmt, sondern kooperativ auf die jeweiligen Ereignisse, Herausforderungen und Bedürfnisse individuell angepasst.

Der in Meinungsumfragen stets als sehr beliebt dargestellte Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Wilfried Kretschmann (Die Grünen), stellte gemeinsame Diskussionsauftritte zusammen mit der AfD in Frage. Marion Dreyer (SPD) hatte die Nachfolge von Kurt Beck (SPD) als Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz „geerbt“ und musste sich nun erstmals Wahlen stellen. Marion Dreyer (SPD) lehnte gemeinsame Auftritte mit der AfD kategorisch ab.

Der SWR hatte dann für Frau Dreyer (SPD) und ihre Herausforderin, Frau Julia Klöckner (CDU), ein Sonderformat entwickelt, in dem sich die Amtsinhaberin besonders vorteilhaft inszenieren konnte. Nicht nur fielen so kritische Themen in der Auseinandersetzung mit der AfD weg, sondern auch mit anderen Parteien. Die Fragen der SWR-Moderation waren im „Spitzen-Duell“ derart seicht und unkritisch, dass die nicht vorhandene Unabhängigkeit des ÖRR von der Politik offensichtlich wurde. Bis dahin hatte Julia Klöckner (CDU) in den Meinungsumfragen lange vorne gelegen.

Dann folgte das eingeübte Meinungs-Management. Laut SWR hatte Frau Dreyer (SPD) gegenüber ihrer Konkurrentin leichte Vorteile. Das wurde erst über alle Kanäle so dargestellt, um dann durch die hauseigene Meinungsforschung bestätigt zu werden: da wurden Leute vor die Kameras des ÖRR gezerrt, die inhaltlich völlig unbegründet zum Besten gaben, dass Frau Dreyer (SPD) leichte Vorteile gehabt hätte. Anschliessend kamen dann die Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute der Anstalten, die voll bestätigten, dass Frau Dreyer (SPD) die Diskussion für sich entscheiden konnte. So wird Konformitätsdruck aufgebaut und den Unentschlossenen der Weg gezeigt: Frau Dreyer (SPD) hat dann die Wahlen gewonnen! Gewonnen? Freie Wahlen? Das Geschehen wurde – absolut unüblich – sogar von den grossen Medien-Redaktionen kritisch begleitet. Das Wahlergebnis wurde herbeigeführt.

Frau Klöckner (CDU) war mit den Wahlergebnissen scheinbar dennoch zufrieden. Kein Protest. Sie hatte es einmal gewagt, sich ganz vorsichtig, ein bisschen, von der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu distanzieren. Das wurde dann als Erzählfaden gesponnen, warum sie die Wahlen verloren hätte. Kurz: Die Medien hatten die Äusserungen als einen Tabu-Bruch zur Flüchtlingspolitik der Kanzlerin dargestellt und die völlig überzeichnete Verhaltensannahme der Herausforderin als grundsätzlich unmoralisch klassifiziert.

Das aber war gar nicht das Wesentliche:

- Die Wahlen waren zwischen Amtsinhaberin und ÖRR choreographiert,
- intensiv, kooperativ, strategisch geplant und exekutiert,
- die Herausforderin wurde kurz mit Pegida-Nähe getaggt,
- und das Wahlergebnis mit billigsten Tricks des Public Relations, der politischen Kommunikation, dem neuen Meinungs-Management, herbeigeführt.

Es gab wegen offensichtlicher Manipulation Beschwerden bis hin zum Rheinland-Pfälzischen Verfassungsgerichtshof, die alle aus „verfahrens-technischen Gründen“ abgeschmettert wurden.

Rheinland-Pfalz und der SWR sind eine besondere Bastion: der SWR ist nach einer Umorganisation 1998 mit den Hauptstandorten Stuttgart, Baden-Baden und Mainz die zweitgrösste Anstalt der ARD. Mainz ist nicht nur Regierungssitz, sondern neben dem Hauptstandort des SWR auch noch Heimatsitz des ZDF.

Mit dem Bekenntnis des AfD gegen die Ausstattung des ÖRR und der sich seit Ende 2015 abzeichnenden Erfolgsdynamik, gab es aus Sicht des ÖRR / SWR und der Politik (SPD) dringenden Handlungsbedarf.

Frau Marion Dreyer (SPD) hatte „in der Erbfolge“ den Vorsitz der Rundfunkkommission der Länder von Kurt Beck (SPD) übernommen. Es standen eine Reihe strategischer Fragen an. Die Umstellung des Finanzierungsmodells ab 01.01.2013 hatte Mehrerlöse in Milliardenhöhe in die Kassen gespült. Nun ging es zentral um deren Verwendung.

Weiterhin standen und stehen zentrale Fragen an, wie der ÖRR in der digitalen Ökonomie und insbesondere im Genre der klassischen Presse weiter expandieren wird. Auch hier ist Frau Dreyer (SPD) – synchron mit den Positionen ihrer ehemaligen Amtskollegin Hannelore Kraft (SPD), ex-Ministerpräsidentin NRW, und ihrem ehemaligen Staatssekretär, Marc Eumann (SPD) – einer Meinung. An der massiven „digitalen“ Expansion des ÖRR wird konkret gearbeitet.

Mit Frau Marion Dreyer (SPD) hat der ÖRR, eine der härtesten Verfechterin für eine weitere massive Expansion des ÖRR. Marion Dreyer (SPD) schiebt selbst alle sozialen Aspekte zur Seite, die im Machtgefüge für Irritationen sorgen könnten.

Die strategische Kooperation mit Marion Dreyer (SPD) bei den Landtagswahlen 2016 bedeutete für den ÖRR nicht nur, „auf Nummer sicher“ zu gehen, sondern sich weitere Erlöspotentiale zu erschliessen.

Kretschmann (Die Grünen) wurde bestätigt, Sachsen-Anhalt – ausserhalb des SWR-Sendegebiets und unbedeutend für den ÖRR – spielte gar keine Rolle. In der Berichterstattung des ÖRR bildete Sachsen-Anhalt das absolute Schlusslicht: „nicht strategisch“. Das Bundesland fiel dann an die AfD. Kretschmann (Die Grünen) ist aus Sicht des ÖRR nun nicht mehr täglich der Aller-Beliebteste und Frau Marion Dreyer (SPD) tut wirklich alles für den ÖRR. Mehr konnten die sich gar nicht erträumen.

Medien: „Rheinland-Pfalz ist Rheinland-Filz“. Hypothese: Der ÖRR hat Frau Malu Dreyer im Rahmen einer strategischen Kooperation zum Wahlsieg verholfen. In Folge ist Frau Dreyer eine der exponiertesten Förderer UND Lobbyisten für eine weitere Expansion des ÖRR.

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 2016 wurden vom ÖRR choreographiert!

(Die Neubesetzung der Intendanz in 2019 ist erneut ein Dammbbruch an Transparenz und kompetenz-orientierter Personal-Auswahl. Es obsiegte erneut das Partei-Ticket- Es wird der SPD das Genick brechen. Und das wäre richtig so.)

Wahlen 2017: Schleswig-Holstein, NRW

Hypothese: Der Amtsinhaber Thorsten Albig (SPD) zeigte *kein* überzeugendes Engagement, erneut Ministerpräsident von Schleswig-Holstein zu werden. Das war u.a. der Eindruck mehrerer Besucher einer seiner Wahlkampfveranstaltungen. Albig trat förmlich „bocklos“ auf. Es wurde offen vermutet, dass – nach Absprachen zum Proporz – Schleswig-Holstein von einem CDU-Ministerpräsidenten regiert werden sollte.

Der NDR hatte für das entscheidende Wahlkampf-Duell des Spitzenpersonals eine Arena und eine Panel organisiert. 140 Zuschauer wurden vom ÖRR ausgewählt, um den Kandidaten in einer Art Arena live zu befragen. Die Panel ist ein Instrument des „Mine-Exploit-and-Nudge“-Modells, um Bürgern kurz vor der Entscheidung den gewünschten MEM per Mind-Fuck in die Hirne zu brennen.

Der Wahlkampf-Panel wurde von Wissenschaftlern der Uni Freiburg durchgeführt. Das Team der Freiburger Uni hatte erstmals ein „Debat-O-Meter“ geschaltet, 860 – die Zahlenangaben in den Medien schwanken – Zuschauer, konnten das Duell live bewerten.

Es gab:

„855 Teilnehmer am Debat-O-Meter der Uni Freiburg“ ABER: die Panel war nicht repräsentativ“ Quelle: In, 27.04.2017

Anstatt detailliert die grossen Themen – z.B. die HSH-Nordbank, mit einem Risiko von 30 Milliarden Euro, der Punkt wurde nur kurz am Rande gestreift – zu vertiefen, wurden Themen bearbeitet, bei denen nicht Sach- sondern Wirkkompetenzen zählten.

„Klein-Skandale“ werden in der heissen Phase des Wahlkampfs richtig wichtig. Eine Teilnehmerin der Arena warf Daniel Günther (CDU) vor, sie als „Verdi-Schlampe“ bezeichnet zu haben.

„Verdi-Schlampen-Attacke“ Quelle: LN, 28.04.2017

Später sollte sich herausstellen, dass die Dame eine Gewerkschafterin der SPD war. Der Vorwurf blieb unbewiesen, die Kriterien des NDR für die Auswahl der Arena-Teilnehmer allerdings auch.

Die Bewertung des nicht repräsentativen Panels sollte jedoch für das Wahlergebnis prägend sein. Laut Meinungsforschung lag Albig bis kurz vor dem TV-Duell noch etwa zwei (2) Prozentpunkte vor Günther. Dann drehte das Ranking der Favoriten kurzfristig.

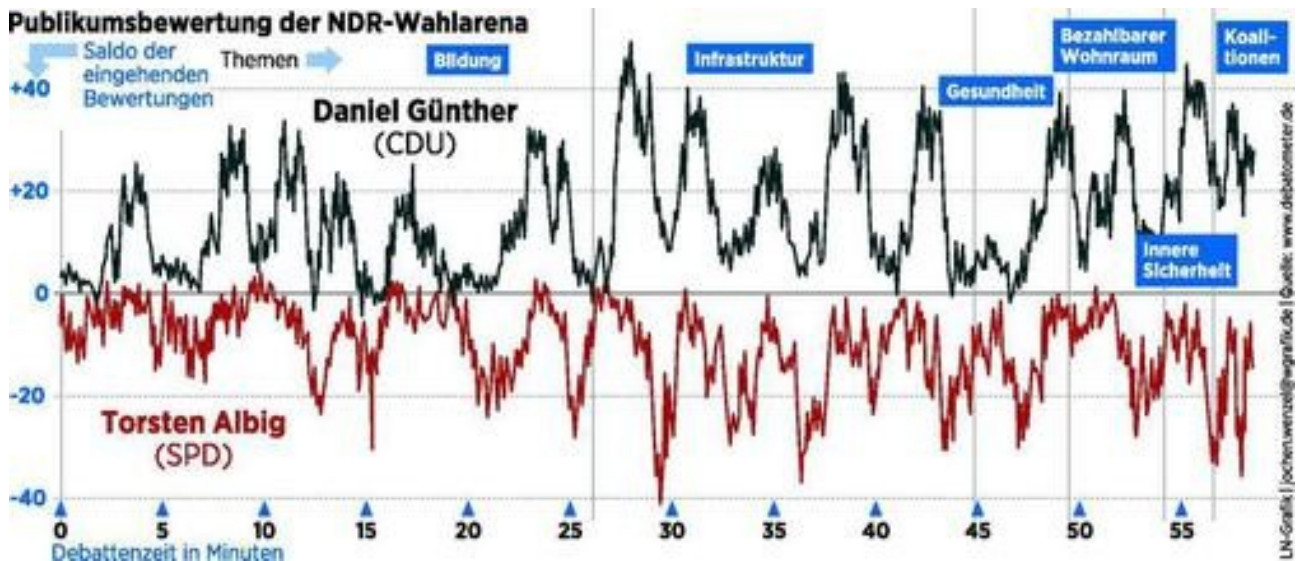
Kritische Themen wurden systematisch entweder ganz vermieden oder in den Hintergrund geschoben:

„Kurz nach der Sendung gaben die Wissenschaftler bekannt: 62,7 Prozent der Teilnehmer sehen demnach den CDU-Herausforderer als Gewinner. mit 30,5 Prozent hat Albig das Duell verloren. 6,8 Prozent votierten unentschieden.“. Quelle: In, „Günther liegt laut Debat-O-Meter vorn“, 25.04.2017

Weder die Neutralität der Panel-Teilnehmer noch Kriterien für die Auswahl der Arena-Teilnehmer wurden „transparent“, noch konnten diese überprüft werden.

Anmerkung: Wie Instrumente und Methoden zum Meinungs-Management vom ÖRR wirksam eingesetzt werden, wird in Anlage C. I.: „Eine neue Dimension: Meinungs-Management: „Terror als Populisten-Porno““ dargestellt. In „Terror“ wird aufgezeigt, wie erwachsene, mündige Bürger – unter entsprechender medialer Online-Anleitung des ÖRR –, sofort und massiv sogar grundsätzlich gegen das Grundgesetz verstossen würden.

Online-Bewertung Albig (SPD) - Günther (CDU)



Quelle: Lübecker Nachrichten, LN

Verlauf der Online-Bewertung: Kandidaten Albig (SPD) – Günther (CDU)

Der NDR hatte seine Debattenveranstaltung in den folgenden Tagen massiv ausgeschlachtet. Es ging dabei verstärkt um Wirkung und weniger um Inhalte. Das Thema „Verdi-Schlampen-Attacke“ wurde bis zum „Erbrechen“ ausgebeutet. Ein Ablenkungsmanöver. Maßgeblich aber waren die Abstimmungsergebnisse des Freiburger Panels. Bereits zwei Tage nach dem Duell verfestigte sich der Trend und Vorsprung des Herausforderers.

„CDU peilt jetzt 35 Prozent plus x an - Politforscher: Albig oft in der Defensive“
Quelle: LN, 27.04.2017

Der NDR hat die Auswahlkriterien weder der Arena- noch der Panel-Teilnehmer transparent gemacht. Wie kam die Gewerkschaftsvertreterin der SPD in die Arena, die dann den medialen Stoff auf Sicht von zwölf (12) Tagen bis zur Wahl liefern sollte?

Zur Panel hieß es, sie sei 855 oder 860 Online-Teilnehmern nicht „repräsentativ“! Im konkreten Verlauf war viel bedeutender, wie Entscheidungsdynamiken zwischen Arena und Panel sowie Moderation und Kandidaten erzeugt wurden.

Und es gab technische Pannen, die Einfluss hatten:

Die Tonübertragung aus der Arena war oft so schlecht, dass Fragen aus dem Publikum nicht zu verstehen waren. Beim NDR haben früher Ton-Ingenieure und spitzenmäßige Techniker gearbeitet. Heute organisiert der NDR eine Veranstaltung, bei der die Debattenbeiträge „technisch“ nicht einmal verständlich rüber kommen! Und das bei einer wahlentscheidenden Veranstaltung! Weglassen gehört zum festen Berichts-Repertoire. Der Online-Verlauf hat das Stimmungsbild der Wähler erheblich beeinflusst. Es wurde vorgegaukelt, wie Fachleute – Wissenschaftler, Experten, Uni Freiburg, Wahl-O-Mat – methodisch fundiert den Debatten-Verlauf bewertet haben.

Das galt dann als „wissenschaftlich“, „richtig“, „zuverlässig“ und „wegweisend“. So wirkt der ÖRR auf Meinungs- und Willensbildungsprozesse.

Die wesentliche Schritte des Meinungs-Managements:

- Albig (SPD) lag laut Meinungsumfragen mit etwa 2 % in Führung;
- NDR TV-Duell mit Online-Panel bestätigt nun Vorsprung für Günther (CDU);
- Massive Berichterstattung über den neuen „Führer“ auf allen Kanälen des ÖRR;
- Ergänzt wird die Berichterstattung durch – vom NDR – ausgewählte Bürger-Meinungen;
- Es wird von Sachthemen weggeleitet, „Verdi-Aussage“ steht im Vordergrund!
- Weitere Berichte des NDR, mit eindeutige Meinungen von Kommentatoren;
- Mehr Meinungsumfragen aus den Instituten des ÖRR bestätigen: CDU-Führung;
- Wahlen! Der NDR sein Rolle als „Königsmacher“ bestätigt.

Fakt ist: Der Unterschied in der Sache und Wirkung zwischen Albig und Günther war zu keinem Zeitpunkt so groß, wie es die Panel-Ergebnisse suggerierten.

Und dennoch: Die Bewertung des Panels wurde im verbleibenden Wahlkampf nun zum stabilen Trend. Tatsächlich wurde der choreographierte Panel-Trend zum Wahlergebnis.

Es gab bei den Landtagswahlen vier (4) strategische Aspekte:

- Thorsten Albig (SPD) hatte mehrfach den Verzicht eines eigenen Kanzlerkandidaten bei der Bundestagswahl 2017 gefordert: „SPD will nicht, kann nicht und sollte auch nicht“. Von „ausen“ waren diese Stellungnahmen weder nachvollziehbar noch als „rational“ einzuordnen.
- Probelauf Jamaika (schwarz/gelb/grün, nachdem die Konstellation im Saarland gescheitert war); Hier wurde in den Medien vermutet, dass ein weiterer Jamaika-Testfall Bedeutung für eine Bundesregierung haben könnten (der Versuch scheiterte).
- AfD klein halten oder sogar einen Einzug in den Landtag verhindern.
- Hypothese der Absprache: Rheinland-Pfalz geht an Dreyer (SPD); Schleswig-Holstein an Günther (CDU)!

Günther gewann die Landtagswahl, wie choreographiert und scheinbar abgesprochen.

Für Albig lohnte sich der Verzicht. Wenige Woche nach der Schimäre wurde er Lobbyist der Post in Brüssel. Die Anteile des Bundes an der Post liegen bei der KfW. Vertreter – auch der CDU – müssen der Stellenbesetzung zugestimmt haben. Albig verdient – nein: bekommt – ein mittleres sechststelliges Jahresgehalt. Für Portoerhöhungen ist die Netzagentur in Bonn zuständig. Die Post fordert, die Agentur macht einen – in der Regel verbindlichen – Vorschlag. 2019 wollte der Postchef Appel – ca. 7 Millionen Euro Jahresgehalt – in Anlehnung an den ÖRR mehr, viel mEhR! Die Netzagentur lehnte begründet ab, die Politik unter der Mehrheit von SPD und CDU setzte sich durch. Das Porto für den einfachen Brief wurde von 70 Ct auf 80 Ct um etwa 14 % erhöht. Das EBIT explodierte in den Folgequartalen. Albig war zu frieden, die Post und die Politiker (höhere Dividende) sowieso.

Nur die Bürger ... aber die spielen keine Rolle, die werden bespielt!

In S-H wurde der Wechsel zur CDU mittels des MEaN-Modells entschieden. Der NDR hat die für den Wahlausgang entscheidende Veranstaltung von vorne bis hinten vollständig durchchoreographiert. Der NDR hat die Wahl entschieden.

Bundestagswahlen 2017

Merkel und der ÖRR: Die Staatsmacht der Psycho-Nudger

Frau Dr. Angela Merkel (CDU) wird seit Jahren von den Anstalten des ÖRR und seinen Meinungsforschungs-Instituten als die „Beliebteste Deutsche Politikern“ dargestellt.

Am Angela Merkel zur bedeutendsten Deutschen gewählt – In der von Johannes B. Kerner moderierten Ranking-Show "Deutschlands Beste!" wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel zur bedeutendsten lebenden Deutschen gewählt. Quelle: 04.07.2014, 08:31 Uhr | mth, t-online.de

Das ZDF hatte das Ergebnis nicht wahrheitsgemäß dargestellt. Das war im Juli 2014.

„Von den drei Umfragen, die für die durch einen Schummel-Skandal in die Schlagzeilen geratene Sendung durchgeführt worden waren – online, über einen Leseraufruf der Zeitschrift „Hör zu“ und über das Meinungsforschungsinstitut Forsa –, war lediglich die Forsa-Umfrage genutzt worden.

Und auch deren Ergebnisse wurden manipuliert, wie das ZDF am Freitag zugeben musste – um den in der Sendung auftretenden Gästen höhere Plätze zukommen zu lassen.“ Quelle HB, 15.07.2014.

Die Ergebnisse waren alle gefälscht.

„In der ZDF-Show Deutschlands Beste! ist gezielt manipuliert worden.“

Quelle, ZON, 11.07.2014.

„Das ZDF hat sich des vollendeten Betrugs an seinen Zuschauern schuldig gemacht.“

Quelle: Die Welt, 13.07.2014.

Ein Großteil der Anstalten des ÖRR betrügt systematisch und verstetigt:

„Nach dem ZDF haben sich nun auch der Norddeutsche Rundfunk (NDR), der Westdeutsche Rundfunk (WDR), der Hessische Rundfunk (HR) und der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) dazu bekannt, Rankings-Shows absichtlich manipuliert zu haben – und es ist anzunehmen, dass weitere öffentlich-rechtliche Anstalten folgen werden.“

Quelle: Digitales Fernsehen, 13.08.2014.

Die Anstalten des ÖRR sind Organisationen des vorsätzlichen und „vollendeten Betrugs“! Quelle: Welt

Merkel: Nudging

Merkel ist laut wikipedia bereits zu Zeiten der DDR in exponierten Funktionen aktiv gewesen:

Dr. Angela Merkel: „Angela Merkel etwa war in den 1980er-Jahren FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda an der Akademie der Wissenschaften der DDR. In der DDR gab es bereits an den Schulen die Position des Agitators.“ Quelle: wikipedia, Agitation

Merkel hat sich frühzeitig mit Nudging-Kompetenzen verstärkt:

„Das Bundeskanzleramt sucht am Dienstort Berlin für das Referat Stab Politische Planung, Grundsatzfragen und Sonderaufgaben befristet bis zum Ende der 18. Legislaturperiode drei Referenten“, hieß es vergangenen August (2014). Die drei Bewerber sollten „hervorragende psychologische, soziologische, anthropologische, verhaltensökonomische

bzw. verhaltenswissenschaftliche Kenntnisse“ haben. „Merkel will Psycho-Trainer anheuern“, wunderte sich die „Bild“-Zeitung.“ Quelle: Welt, Merkel will die Deutschen durch Nudging erziehen, 12.03.2015

Und dreieinhalb Jahre später heisst es dann in der Rückschau:

„Auch Kanzlerin Angela Merkel hat sich von Thalers Erkenntnissen inspirieren lassen und im Februar 2015 eine Arbeitsgruppe im Bundeskanzleramt etabliert. Der Name der Task Force ist Programm: „Wirksam Regieren“. Eine Juristin, eine Verhaltensökonomin und eine Psychologin sollen seitdem die Wirksamkeit politischer Maßnahmen verbessern helfen. „Merkel will Psycho-Trainer anheuern“, titelte die BILD-Zeitung damals. Tatsächlich ist über das Ergebnis der Arbeitsgruppe bisher wenig bekannt geworden. Genau das macht die Methode in den Augen ihrer Kritiker höchst verdächtig. Denn weder werden die genutzten Instrumente offengelegt, mit denen die Bürger in die vermeintlich richtige Richtung gestupst werden, noch die Gründe im Einzelnen erläutert.“

Quelle: FAZ, Dieser Nobelpreis verändert unser aller Leben, 09.10.2017

Nudging kann mit „stupsen“ übersetzt werde:

Unter einem Nudge verstehen die Autoren eine Methode, das Verhalten von Menschen auf vorhersagbare Weise zu beeinflussen, ohne dabei auf Verbote und Gebote zurückgreifen oder ökonomische Anreize verändern zu müssen. (wikipedia)

Richard Thaler, einer der Väter der neueren Verhaltensökonomik, hatte 2017 den Nobelpreis für seine Arbeiten verliehen bekommen.

Dazu Rainer Mausfeld, Prof. Emeritus für Allgemeine Psychologie an der Uni Kiel:

„Es geht also bei Soft Power letztlich um eine psychologische Kriegsführung gegen die Bevölkerung, die für die Bürger möglichst unsichtbar sein soll, indem sie natürliche ‚Schwachstellen‘ des menschlichen Geistes ausnutzt. Aus der Perspektive der Volkes ist das Problem nun, dass die herrschenden Eliten auf das in Universitäten und Think Tanks angesammelte Wissen über diese Schwachstellen zugreifen können und daher über sehr viel mehr Wissen über uns, über unsere natürlichen Bedürfnisse, unsere natürlichen Neigungen und unsere ‚Schwachstellen‘ für eine Manipulierbarkeit verfügen als wir selbst. Da uns diese Schwachstellen selbst nicht bewusst sind, haben wir kaum eine Möglichkeit, uns gegen diese Manipulationen zu wehren.“ (Die Angst der Machteliten vor dem Volk – Demokratie-Management durch Soft Power-Techniken“

David Helpern ist in den UK einer der Nudging-Berater nicht nur von Labor-Regierungen sondern seit Cameron auch der Torries. Seine Expertise hat er bereits der Bundesregierung und der deutschen Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel zur Verfügung gestellt.

Auch die ARD kümmert sich zunehmend um die effektive Nutzung von Nudging-Anwendungen, wie im Zusammenhang mit der Nobel-Preisverleihung an Thaler 2017 offensichtlich wurde.

Jens-Peter Marquardt im ARD-Studio London, der Mann vom WDR in einem Interview: Nudging? In Großbritannien kein Fremdwort, in WDR 5 Profit - aktuell vom 13.10.2017:

„Doch immer noch muss David Helpern Skeptiker überzeugen, die hinter dem Nudging-Ansatz dunkle Kräfte wittern: Die Manipulation der Bürger durch staatliche Macht.“

Während Prof. Mausfeld mit Klassenbegriffen arbeitet, bagatellisiert die ARD nicht nur begründete Kritik an ihren Nudging-Ansätzen, sondern verbannt diese auch gleich in die Ecke von Verschwörungstheoretikern.

Dabei hat der Experte mit dem, was Nudging tatsächlich ist – nämlich der Nutzung eines Macht-Instruments –, gar kein Problem:

„Helfern bestreitet überhaupt nicht, dass Nudging Teil der Machtausübung ist. „Es ist eine Form der Macht, aber durch überreden“.

Überreden, das macht der ÖRR in Deutschland für die Gesetzgeber: Nach § 11 des RStV soll der ÖRR als Medium und Faktor auf Gesellschaft und Individuen wirken und dadurch gesellschaftliche Bedürfnisse erfüllen und das Erreichen politischer Ziele fördern.

Der ÖRR berichtet weder unabhängig, noch objektiv, geschweige denn sachlich oder wahrheitsgemäß. Er ist weder staatsfrei, staatsfern, noch unabhängig. „ÖRR ist die Fortsetzung der NS-Diktatur im „Schwarzen Kanal“ ergänzt mit den modernen Methoden der Verhaltensökonomie und Psychologie“, könnten manche meinen.

Der ÖRR ersetzt die sachliche Auseinandersetzung durch neue Wirk-Methoden.

Merkel: Meinungsforschung

Das zweite Standbein – neben dem „Wirksam Regieren“ durch Nudging“ –, bilden Meinungsumfragen und die Meinungssteuerung über Medien.

„Merkels wichtigster Helfer aber ist Matthias Jung. Der Geschäftsführer der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen soll am Donnerstagnachmittag im Kreise des CDU-Vorstandes eine Lanze für die Kanzlerin und Parteivorsitzende brechen. Hinter verschlossenen Türen steht im Konrad-Adenauer-Haus bei der Klausurtagung der weiteren Parteiführung die lange angekündigte Analyse des Bundestagswahlergebnisses vom September an - schonungslos und ungeschminkt, wie man gern betont.

Jung soll sozusagen die wissenschaftliche Legitimation für den watteweichen Kurs der Kanzlerin liefern, über den sich viele in der Partei in den Tagen vor dem Spitzentreffen so lautstark ärgern. Der Wahlforscher wird Merkel natürlich nicht enttäuschen. Knapp eine Stunde will er den christdemokratischen Spitzenleuten anhand zahlreicher Schaubilder und Diagramme erklären, dass ihre Vorsitzende alles richtig macht.

"Die CDU wird sich der Orientierung zur Mitte, wie sie Merkel pointiert betreibt, nicht entziehen können", sagt Jung.“. Quelle: SPON, Merkel will ihre Kritiker einlullen, 12.01.2010

Und:

„Wahlforscher Matthias Jung – Merkels Demoskop – Meinungsforscher Matthias Jung stützt den Modernisierungskurs der CDU-Chefin. Manchen in der Union ist das suspekt.

Es gibt so Sachen, an denen hat er seine kleine diebische Freude. Also zum Beispiel, dass er den Aufsatz über "Die AfD als Chance für die Union" ausgerechnet bei der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung untergebracht hat.

Unter gewissen CSU-Spitzenleuten hat er seither sein Etikett weg: Matthias Jung, der Demoskop der Kanzlerin.

Direkt unangenehm sind ihm solche Zuschreibungen nicht, auch wenn er sie zu plakativ findet. Jung, Jahrgang 1956, macht aus seiner Nähe zur CDU kein Hehl. "Ich reibe mich daran", sagt er. "Das ist ja schon meine politische Heimat.“

Dass die Parteien Umfragen in Auftrag geben, komme ohnehin kaum vor; in den Parteizentralen drehten sie "jeden Cent um". ... Quelle: Tagesspiegel, 24.06.2016

Wer zahlt denn dann – ggf. auch indirekt – für die hautnahe Beratung der Kanzlerin:

„Die Arbeit der Non-Profit-Organisation wird nach eigenen Angaben ausschließlich durch finanzielle Mittel des ZDF getragen.“. Quelle: wikipedia

Die Kanzlerin kooperiert seit vielen Jahren auf das engste mit dem ZDF und der Forschungsgruppe Wahlen, die sonst wohl fast ausschliesslich vom ZDF beauftragt und von den Bürgern mittels Zwangsbeitrag finanziert wird.

„Umfragen sind längst mehr als Gradmesser für Stimmungen. Sie machen Schlagzeilen, beeinflussen Politiker und Wähler.

„Merkels Demoskop“ – Der Mann, der häufig mit Angela Merkel über die Stimmungen im Land spricht, heißt Matthias Jung. Der 61 Jahre alte Meinungsforscher leitet die Forschungsgruppe Wahlen, die vor allem für das ZDF Daten erhebt. Gegen den Titel „Merkels Demoskop“, der sich in manchen Texten über Jung findet, wehrt er sich nicht. Er kann präzise über Wählerpotentiale sprechen. Darüber zum Beispiel, dass die CDU sich zwangsläufig in die Mitte bewegen müssen.

Es gebe keine Alternative: „Mit dem alten Profil der Union gewinnen sie ein paar sehr Konservative zurück, sie verlieren aber zehn Prozent in gemäßigten Kreisen.“

Ob es ein kluger Schritt sei, dass die SPD jetzt die Flüchtlingskrise thematisiert?
Quelle: FAZ, IM WAHLJAHR – Wie Umfragen die Bundestagswahl beeinflussen, 05.08.2017

Merkel: DW

Die Deutsche Welle hat je nach Quelle ein jährliches Budget von 320,9 (DW, ARD) bzw. etwa 326 Millionen Euro (2018, nach Angaben der Bundesregierung). Die Differenzen in den Zahlen reflektieren die Daten-Qualität von ÖRR und Politik.

Frau Prof. Monika Grütters (CDU) ist Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, hat ca. 236 Mitarbeiter und Berichtet direkt an das Kanzleramt.

Kurz: Die DW „hängt“ mittelbar „direkt“ am Kanzleramt und steht unter Hoheit von Frau Dr. Angela Merkel.

Bundestagswahlen 2017: Merkels Wahlkampf

Die AfD spielte in der Bundestagswahl 2017 eine ernst zu nehmende Rolle. Scheiterten die sog. Rechtspopulisten 2013 noch an der 5-%-Hürde, sollten sie allen Beobachtern nach 2017 den Sprung in den Bundestag schaffen.

Für die etablierten Parteien und insbesondere die Amtsinhaberin und erneute Kanzlerkandidatin stand damit viel auf dem Spiel. Für den Wahlkampf sollte nun alles instrumentalisiert werden, was dem Machterhalt dient, koste es an Demokratie, was es wolle.

Merkel würde perfektionieren, was Malu Dreyer (SPD) im März 2016 zusammen mit dem SWR erfolgreich umgesetzt hatte: eine intime Choreographie des Wahlkampfes zusammen mit den Anstalten des ÖRR, bei der die Amtsinhaberin reüssieren würde.

Merkel (CDU) lehnte zwei TV-Duelle kategorisch ab, bestand auf „nur“ ein TV-Duell nur mit Schulz (SPD) und machte konkrete Vorgaben.

Vorbereitung des TV-Duells: drei (3) Treffen, acht (8) Vertreter:

- Chefredakteure Rainald Becker (ARD), Peter Frey (ZDF), Michael Wulf (RTL) sowie ProSiebenSat.1-Informationsschef Hans-Peter Hagemes;
- SPD Wahlkampfleiter Markus Engels und Vorstandssprecher Tobias Dünow;
- für die Kanzlerin Regierungssprecher Steffen Seibert und Eva Christiansen aus dem Bundeskanzleramt.

Quelle: ÜBER MEDIEN, Merkel macht's nur zu sechst: Die bizarren Verhandlungen ums TV-Duell 04.07.2017

Das sog. Wahlkampf-Duell wurde entlang der konkreten Vorgaben der Kanzlerin festgelegt.

Die Moderatoren stellten während des Duells oft belanglose Fragen und verzichteten auf kritische Nachfragen. Brisante Themen wurde zum grossen Teil weggelassen.

Die der Kanzlerin unterstellte DW berichtet am folgenden Tag **groß in der Top-Position:**

„Merkel triumphs in TV debate, say viewers“

Die Aussage ist nach sachlicher Überprüfung nicht haltbar.

„Fake“, nicht nur eine perfide Lüge, sondern die Anknüpfung da, wo das NS-Regime aufhörte!

Die Kanzlerin hatte die kleinen Parteien aus der Veranstaltung ausgeschlossen. Die Rundfunkanstalten hatten dem Diktat willig zugestimmt.

Die Debatte der kleinen Parteien wurde am folgenden Tag von der DW als belanglos im Kleingedruckten an dritter Stelle präsentiert.

Verwaltungs- und Rundfunkrat der DW sind vollgestopft mit Politikern. Das entscheidende Aufsichtsgremium wurde bis 2019 von Merkels Vertrautem Jens Spahn (CDU) geleitet.

Weder vom Fernseh- noch vom Rundfunkrat erfolgen Einsprüche: sie kuschen, wie immer, und sprechen gerne über „staatsfreien“ Rundfunk. Dabei ist es die kardinale Aufgabe des Rundfunkrats, die Allgemeinheit zu vertreten und für Ausgeglichenheit und Fairness in den Sendungen zu sorgen.

Diskriminierung beherrscht das Geschäft der herrschenden Politik und ihrer Rundfunkanstalten. Rundfunk ist nicht staatsfrei, nicht frei, nicht unabhängig, auch nicht durch die Sprachregelung der „staatsferne“. The Guardian berichtet im Januar 2020 über schwerste sexistische Übergriffe, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus. Gehört der NAZI-Code zu Merkel und Spahn?

Die DW wird übrigens vollständig steuerfinanziert.

Merkel: Der Gutachter Prof. Paul Kirchhof

Kirchhof war als gesetzter Finanzminister im Schattenkabinett Merkel I. Im Kontext der Großen Koalition hat sich der CDU-nahe Mann dann gegen einen Ministerposten entschieden. Zuvor war er von der CDU nominierter Verfassungsrichter.

Er gilt aber nach wie vor als engster Vertrauter der Kanzlerin und wurde 2010 mit der Erstellung des Gutachtens: „Finanzierung des ÖRR“ von den Rundfunkanstalten beauftragt.

Dort hat Kirchhof natürlich auch die Medienpolitik der CDU sowie deren konkreten Interessen mit auf dem Radarschirm gehabt.

In seinem Gutachten, dass zum Zwangsbeitrag mit Milliarden an Mehrerlösen führte, schrieb er **kategorisch** fest, dass ein ÖRR nicht mittels Steuern finanziert werden kann.

Zur Steuerfinanzierung des Kanzlerinnen-Rundfunks DW äusserte er sich nicht.

Alles ist möglich in Deutschland, wenn die richtigen Leute mit deckungsgleichen Interessen zusammensitzen. Recht wird an den gegebenen Fall angepasst. Die Verhaltensannahmen und Positionen der Entscheider werden stets gebilligt und rechtlich gedeckt.

Anne Will, ARD

In den sich dem sog. „TV-Duell“ – welcher martialischer Begriff – anschließenden Talk-Runden wurde dann das choreographierte Kanzlerinnen-Duell nach-besprochen.

Anne Will holt sich dafür – für erheblichen Beitragsaufwand: Sendeminute ca. 4.000 Euro – die bekannten „Lager-Akteure“ in die Plauder-Runde.

Die Kollegin Maischberger, die bereits Millionen und Aber-Millionen am ÖRR verdient hat. Gottschalk hat sein auf einen dreistelligen Millionen-Betrag geschätztes Vermögen, maßgeblich dem ÖRR entnommen. Ein kurzer Ausschnitt:

- Gummibärchen seines Sponsors vor laufender Kamera des ÖRR ins Gesicht gedrückt;
- den Bruder als Prägung eines neuen Nepotismus mit beschäftigt;
- Nähe zur Schleichwerbung initiiert und damit Millionen verdient;
- Hunziker von hinten zwischen die gespreizten Beine gespannt, wonach die ein Angebot für eine eigne Show bekam;
- 2,7 Millionen Euro für nicht-erbrachte Leistungen bei der ARD – von Schäubles Tochter – erhalten.

Gottschalk wurde wegen schlechter **Quoten** zweimal abgesetzt: einmal vom ZDF, dann von der ARD. Und nun sitzt er immer und immer wieder im vertrauten Kreis -

- immer die gleichen abgehalfterten Gesichter,
- immer der gleich-öde „Sprech“,
- immer die gleiche Monothematik (entgegen der Ziele des BVerfG),
- immer die gleiche „sabbernde Bereicherungsgelüste“.

Plagiator Theodor von zu Gutenberg sitzt als Dauergast im ÖRR, obwohl er angeblich keine politischen Ambitionen hat.

Anne Will: hat sich einen zweistelligen Millionen-Betrag aus dem System ÖRR für sich herausgelöst, u.a. mit und durch solche Beiträge wie „Du bist Deutschland“, ein psychonationalistische Format – nach Vorgaben der wirk-orientierten SPD-Hochburg Bertelsmann – unterster Klasse.

Immer die gleichen „Fressen“, immer ohne Mehrwert, stets mit dem Zwang für die Beitragszahler, diese Form der inhaltsleeren Feudal-Kleptokratie zu finanzieren. Und wenn es drängend wird, dann wird da noch jemand aus der Merkel'schen Plagiatoren-Riege dazugesetzt. Diese Truppe erklärt dann Deutschland, wie so ein vor-programmiertes TV-Duell richtig einzuordnen ist.

Jamaika: Lösung der Koalitionsfrage mittels Umfragen!

Die Ergebnisse der Bundestagswahl waren noch nicht amtlich bestätigt, da fingen alle Sender des ÖRR mit ihrem 45.000.000 Sendeminuten umfassenden Verpressungsvolumen in hysterischer Euphorie an, von der absoluten Traum- und Wunschkonstellation Jamaika – Regierungskoalition aus CDU, FDP und Die Grünen – zu schwärmen.

Non-Stop: Jamaika als Ideal-Konstellation und Wunsch aller Deutschen!

Dann die ersten Blitzumfragen vom Meinungsinstitut der ARD: Deutschlandtrend. Bereits am Abend des 25.09.2015, wenige Stunden also nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse, wissen die Psycho-Nudger der ARD bereits: „Viel Sympathie für Jamaika“.

„Deutschland Trend Extra: Koalition ist sehr gut/gut!“ DeutschlandTrend Blitzumfrage – Viel Sympathie für Jamaika – Stand 25.09.2017 21:40 Uhr.

Die Zeitmarke ist hier wichtig, den die totale Zustimmung zu Jamaika steigt im Minutentakt, jedenfalls wenn es nach den Anstalten ginge.

Eine Wahl verändert die Sicht auf die politischen Verhältnisse. Am Tag **nach** der Bundestagswahl zeigen in einer Blitzumfrage für den „ARD-DeutschlandTrend“ deutlich mehr Bürger Sympathie für die Bildung einer Jamaika-Koalition als noch am Sonntag.

Für

- Union und SPD sind nur noch 31% (minus 8%);
- Union, FDP und Die Grünen jetzt plötzlich 57% (ein Plus von 34%).

Innerhalb von 24 Stunden melden die Meinungsforscher der ARD einen Sprung von sage und schreibe 34% bei den Befürwortern eines Jamaika-Bündnisses.

Der RStV verpflichtet:

*„§ 10 Berichterstattung, Informationssendungen, Meinungsumfragen
(2) Bei der Wiedergabe von Meinungsumfragen, die von Rundfunkveranstaltern durchgeführt werden, ist ausdrücklich anzugeben, ob sie repräsentativ sind.“*

Nicht so bei den staatlichen Rundfunkanstalten: Es gibt nicht einen Hinweis darauf, ob die Ergebnisse der ARD-Meinungsforschung repräsentativ sind oder nicht.

Mit Zwangsbeiträgen finanziert der ÖRR seine Meinungsumfragen. Was für das ZDF die „Forschungsgruppe Wahlen“ ist, ist für die ARD der „DeutschlandTrend“. Der „ARD-DeutschlandTrend“ beauftragt wiederum Infratest dimap, die mehrheitlich zur weltweit grössten Medien- und Kommunikationsunternehmen – etwa 16 Milliarden \$ Umsatz 2015 – WPP gehört. Kurz: WPP ist eine PR-Maschine der Superlative. Die machen nicht nur Werbung, sondern können auch Astroturfing und Wahlkampf (z.B.: Obama 2012). Technologisch versuchen sie ganz vorne mitzuspielen: Big-Data, Profiling, Micro-Targeting, Messaging und Nudging.

Eine „kleine“ Umfrage beauftragt von der ARD kostet die Beitragszahler um die 10.000 Euro, befragt werden um die 1.500 Leute. Die Ergebnisse taugen in der Sache nichts und dienen dem ÖRR ausschliesslich zum Meinungs-Management.

ARD und ZDF melden nun fast täglich, welche Koalition die Bürger nun unbedingt und mehrheitlich haben wollen. Die Schwankungen erfolgen auf Tagesbasis und sind grundsätzlich.

Auch andere Blätter berichten

„Deutsche finden Gefallen an Jamaika –

Die Zustimmung für Schwarz-Gelb-Grün wächst. – Was die Verhandlungsführer der Parteien motivieren dürfte: Der Mehrheit der Bürger würde die sogenannte Jamaika-Koalition laut einer aktuellen Umfrage positiv sehen. 57 Prozent der Befragten fänden laut ARD- „Deutschlandtrend“ eine solche Regierung gut oder sehr gut. Das seien 34 Prozentpunkte mehr als noch am Wahltag.

Eine erneute große Koalition aus CDU/CSU und SPD stößt in der Umfrage von Infratest dimap nur auf eine Zustimmung von 31 Prozent. Sollte eine Jamaika-Koalition nicht zustande kommen, befürworten 65 Prozent der Befragten Neuwahlen. Eine Minderheitsregierung wird weitgehend abgelehnt – nur 26 Prozent der Befragten konnten sich dafür erwärmen.“. Quelle: Handelsblatt, 26.09.2017.

Und zweieinhalb Wochen später:

„Wie die am Donnerstag veröffentlichte Erhebung von Infratest dimap für die ARD ergab, rechnen 75 Prozent mit einem Bündnis von CDU/CSU, FDP und Die Grünen, während 21 Prozent an ein Scheitern der Gespräche glauben. Zugleich stehen die Bürger der Allianz demnach offener als vor der Bundestagswahl gegenüber: 57 Prozent fanden eine Jamaika-Koalition sehr gut oder gut. Eine Fortsetzung der großen Koalition befürworteten 33 Prozent.“ Quelle: Handelsblatt, 13.10.2017

Vom Meinungs-Management zum „genudgten“ Meinungs-Totalitarismus. Wenn Nudging auf der historischen Basis des NS-Regimes und der DDR-Diktatur stattfinden, dann ist Deutschland wieder ganz „verklärt“.

*„Die deutsche **Verklärung** von „Jamaica““, schreibt die meist nüchterne NZZ am 14.10.2017.*

Und was sagte Jörg Schönenborn einst dazu?

„Der WDR Chefredakteur Fernsehen, Jörg Schönenborn, stellt klar: Die GEZ ist die Mutter aller Steuern – nämlich eine Demokratie-Abgabe, ohne die das Land in der Anarchie versinken würde.“, so die DWN vom 30.12.2012.

Jörg Schönenborn ist nicht nur WDR-Fernsehdirektor – wo Nudging bereits ganz groß ist aber über den Sylvester-DOM nichts berichtet wird –, er macht auch den „DeutschlandTrend“ für die ARD.

Drei Wochen später, Landtagswahlen in Niedersachsen: der Lackmустest. Am 15.10.2017 entscheiden sich die Wähler wie folgt:

- CDU: - 2,4 %;
- Die Grünen: - 5 %;
- FDP: - 2,4 %.

Kurz: Jamaika wurde von den Bürgern abgewählt! Der psycho-totalitäre Terror, die goebbel(s)-esque Propaganda, die Agitation à la DDR 2.0 fanden bereits ihren Niederschlag im totalitären Wirkauftrag § 11 des RStV an den ÖRR, aber schlagen bei den Bürgern noch nicht immer voll durch. Da gibt es Verbesserungspotentiale.

Die AfD zog mit knapp über 5 % in den niedersächsischen Landtag ein. Zuvor kündigte sich mit dem Austritt verschiedener AfD-Spitzenpolitiker eine zweite Welle – die erste war gekennzeichnet durch die Austritte von Prof. Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel – struktureller Veränderungen ab. Die AfD zerlegt sich selbst. Die gesellschafts-politischen Probleme und enormen Spannungen in der Gesellschaft nehmen dadurch allerdings nicht ab. Es ist die politische Mitte, die verrottet. Eine Erneuerung der alten Parteien – oder sogar das Entstehen neuer Parteien in der Mitte des politischen Spektrums – zeichnet sich nicht ab. Der ÖRR leistet seinen Beitrag, dies zu verhindern.

Über und durch den ÖRR werden politische Vielfalt, Agilität, Erneuerung, Innovationen, Diskurse systematisch verhindert.

Nach den Grätschen des ÖRR zum Meinungs-Management in Sachen Regierungspräferenzen beginnen die tatsächlichen Koalitionsverhandlungen – Bund – zwischen der Wahlverliererin Merkel (CDU: 32,9 %, minus 8,6 %) und den kleinen Gewinnern (FDP: 10,7 %, plus 5,9 %), (Die Grünen: 8,9 %, plus 0,5 %).

Am 20.11.2017 beendet Christian Lindner (FDP) die Koalitionsverhandlungen „Jamaika“. In den Medien findet – getrieben vom ÖRR – unter Hochdruck sofort

- der Kampf um die hoheitliche Deutung,
- eine schale Einordnungshilfe für die „laienhaften“ Bürger und
- die Versuchte Verankerung des „wie-es-wirklich-war“ im gesellschaftlichen Meinungsbild statt.

Die Kanzlerin-Partei spielt keine Rolle. KEINE!. Die Grünen werden positiv überzeichnet. Abgesehen von einigen Ausnahmen werden Linder und die FDP als verantwortungslose Hasardeure dargestellt. Natürlich werden die Meinungs-Bilder in den folgenden Umfragen klar gezeichnet. Das „ZDF-Merkel-Forschungs-Institut“ meldet am 08.12.2017:

„Nach dem Aus der Jamaika-Gespräche verliert FDP-Chef Lindner im ZDF-Politbarometer in den Politiker-Top-Ten deutlich an Zustimmung. Auch bei der Sonntagsfrage verliert die Partei.“ Quelle: forschungsguppe.de, Dezember 2017

Laut ZDF wollen alle nun wieder GroKo! Volker Kauder, Unionsfraktionschef, hatte noch am 14.05.2016 ein erneutes Bündnis – wie auch immer geartet – mit der SPD kategorisch ab. Ohne Zustimmung der Kanzlerin, hätte Kauder diese Aussage öffentlich nie gemacht!

Richtig knackig allerdings bring erst das ZDF die klare Botschaft rüber:

„Jan Böhmermann empfiehlt im ZDF, Christian Lindner solle sich am Selbstmord Jürgen Möllemanns ein Beispiel nehmen.“ Quelle: CICERO, Leinen los, 28.11.2017

Das ZDF vertritt dass, was Mehrheitsmeinung in Deutschland zu sein hat, nunmehr unter grundsätzlicher Missachtung der Menschenwürde. Im Rundfunkstaatsvertrag steht zwar, dass das ZDF dazu beitragen soll, die Achtung vor Freiheit und körperlicher Unversehrtheit zu stärken. Aber bei so wichtigen Einordnungen steht die Hilfeleistung des ZDF über der offensichtlichen Trivialität von Menschenwürde.

Merkel und Spahn – beide sind Bilderberger – werden ab Ende 2019 ihre Menschenverachtung bis hin zur Vorbereitung einer möglichen Eugenik im Kontext des DVG und der DWL bei der Organspende zusammen mit der SPD ganz neu organisieren.

Der „ARD-DeutschlandTrend“ nutzt das ganze Know-how seiner Mutter WPP und diffamiert in bis dato unbekannter Perfidität:

„Lindner bei AfD-Wählern beliebter als Gauland“ Quelle: wallstreet-online, 08.12.2017

Die AfD ist medial als nicht wählbar getaggt. Lindner wird nun als Spitzenmann der AfD-Parteibasis etikettiert. Und das Abendblatt meldete am 07.12.2017 bereits:

„FDP-Chef Christian Lindner stürzt ab“!

Die ARD hat dafür wieder etwa 10.000 Euro Zwangsgeld ausgegeben. Wer dafür nicht zahlen will, dem droht in Deutschland Gefängnis. Wer auf dem legalen Weg seine Grundrechte erkämpfen will, hat im Rechts- und Behördensystem Deutschland keine Chance.

„81-jährige Dortmunderin – 100-Prozent-Behinderte gibt Kampf um geringeren Rundfunkbeitrag auf. Dortmund: Mehr als ein Jahr lang hat die 81-jährige Helen Stademann um eine Ermässigung des Rundfunkbeitrags gekämpft- Mit ihrer attestierten 100 Prozent Behinderung steht ihr das zu. Doch jetzt gibt sie auf. Sie hat das Gefühl, „gegen das Amt“ nicht anzukommen.“. Quelle: Ruhrnachrichten, 15.12.2017

Die Rentnerin Helene Stadermann leidet an starkem Altersschwindel, einer Herzerkrankung, Arthrose und – nach zwei Operationen – grosser Hüftprobleme. Ihre Behinderung ist mit 100 Prozent attestiert. Das Attestat trägt den Zusatz: „außergewöhnliche Gehbehinderung!“. Die Frau hat wenig Geld. Die 70 Cent für die Briefmarke ist spürbar. Aber schlimmer: sie kann die Briefe alleine gar nicht mehr zur Post bringen. Sie ist auf Hilfe angewiesen. Quelle: aus den Ruhrnachrichten, 15.12.2017

Die Re-Totalisierung und Ent-Humanisierung Deutschlands ist in vollem Gange!

Das, was die Alliierten einst verbindlich vorgaben: Rundfunk hat staatsfrei zu sein, Rundfunk muss unabhängig, objektiv und wahrheitsgemäß informieren, hat sich aufgelöst. Alle paar Jahre bricht der Defekt im genetischen Code der Deutschen hervor und die Geschichte beginnt sich zu wiederholen. Neu ist, dass sich die Etablierten einer angeblichen Mitte nun mit faschistoiden Methoden bewaffnen, um ihre Gegner in die „rechte“ Ecke zu stellen. Der Kampf um die Macht wird immer skrupelloser. Es gibt keine Tabus. Der Faschismus liefert die Werkzeuge und Methoden der politischen Propaganda.

Der ÖRR organisiert die politische Sklerose. Er ist Teil des „symbiotischen Eins“, obwohl die Parteien am Ende ihres Lebenszyklusses sind. Veränderung, Erneuerung, Reformen, auch neue Parteien, werden mit allen Mitteln vom System ÖRR verhindert. Nach zwölf (12) Jahren Merkel, gibt es unter Mitwirkung des ÖRR nicht einmal in zweiter oder dritter Reihe erkennbar eine Alternative. Trotz Abwechslern bestätigt sich am 14.03.2018: Merkel IV.

Rechtsprechung

Das VG Schleswig wird zu diesen ähnlich vorgetragenen Punkten im Urteil begründen, dass sichergestellt sei, dass der ÖRR nicht staatlich sei, weil die Finanzplanung über die KEF abgewickelt wird. Die KEF wiederum sei mindestens „staatsfern“. Tatsächlich!

Damit wird auf die vorgefertigten Modulbausteine zurückgegriffen, um eine standardisierte Rechtsprechung zu gewährleisten. Das aber ist nicht effektiv, sondern voll daneben. Die Dritte Gewalt kann sich automatisieren und ihre Urteile von Maschinen erstellen lassen.

Der Staat, die großen, etablierten Parteien, und die Anstalten des ÖRR sowie der DW sind ein „symbiotisches Eins“. Es gilt: „Macht gegen Geld“. Der Rechtsstaat, die Demokratie in Deutschland, lösen sich auf.

Hypothese: Einvernehmlich mit der SPD wurde Merkel erneut Kanzlerin. Im Gegenzug erhielt die SPD den Posten des Bundespräsidenten. Der Einfädler der Hinterzimmerpolitik verdient heute etwa siebenstellig.

2019 markiert einen Wendepunkt. Der ÖRR hat es nicht mehr geschafft die GroKo-Parteien in ihrer dominanten Stellung abzusichern und die AfD klein zu halten. Der ÖRR mobilisierte nun über Jahre alles was an Framing und „Mine-Exploit-and-Nudge“ möglich ist, auch weil die AfD den Rundfunk verkleinern will.

Es trat das Gegenteil ein. Die Wahlen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen 2019 machten die AfD zu den eindeutigen Wahlgewinnern. Der letzte Versuch, die AfD z.B. dauerhaft in Talks einzubinden und dort zu entlarven, schlug nicht nur fehl, der ÖRR hat die AfD nun mit groß gemacht. war genau das der diabolische Plan von Merkel und Jung?

Matthias Jung ist Chef der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, die unter anderem das ZDF-Politbarometer erstellt. Er ist engster Berater der Kanzlerin. „Die AfD als Chance für die Union heißt ein Aufsatz, den Jung 2015 in der CSU-nahen Zeitschrift Politische Studien veröffentlichte. Darin schreibt er, das Aufkommen der AfD biete eine doppelte Chance für CDU/CSU. "Zum einen wird ihre Fokussierung auf die politische Mitte glaubwürdiger, wenn rechtspopulistische Positionen außerhalb der Union ihre Heimat finden. Und zum anderen wird es schwerer für Rot-(Rot-)Grün, zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen." Im Klartext: Eine neue Kraft rechts der Union sei nicht so schlimm, weil dadurch eine linke Regierung kaum möglich werde.“ Quelle: Zeit, Matthias Jung – Der Einflüsterer, 25.10.2017

Kurz: Merkel will starke AfD. Stark werden die Rechten – nun eine AfD – z.B. durch nicht-gemanagte Massen-Migration. Das waren die Lehren aus den 90ern. Die Linken – untereinander ohnehin zerstritten – werden marginalisiert.

GroKo und der Mainstream sind bis heute nicht in der Lage, eine sachgerechte Analyse von Ursachen und Wirkungen zu erstellen.

Es gibt nicht einmal Diskurse, um die faktische Übernahme der DDR ab 1989 mit den damit erzwungenen Identitätsveränderungen zu erhellen. Wie ein Hammer trafen ab 2005 die Agenda-2010-Veränderungen. Bis 2019 hat es gedauert bis das BVerfG unter Stephan Harbath (CDU) Teile der Sanktionen – nein: es heißt Fördern und Fordern – als verfassungswidrig zu verwerfen.

Das Modell des Fördern und Fordern, basiert auf ZWANG, bei dem GroKo davon träumt, im Control-Chair zu sitzen und hier etwas wegzunehmen und dort etwas hinzuzufügen, bleibt erhalten. Grenzen bzw. Regeln kennen sie dabei nicht. ÖRR: über 20.000.000 Maßnahmen p.a..

Druck auf Gesellschaft, Gruppen und immer perfiderer Zwang auf Individuen führt zu Gegendruck.

Transformationsdruck und perfider Zwang, ohne jede Kompetenz, führt zu Gegendruck. Die AfD reüssiert. Die EU spaltet sich. Wenn GroKo so weiter macht, zerreisst es die Gesellschaft.

GroKo und der ÖRR haben plötzlich die Kontrolle verloren. Ist das alles so geplant?

III. EU-Wahlen 2019

Mit der Wahl-Inszenierung ist nicht nur Vertrauen verlorengegangene, die Demokratie wurde grundsätzlich geschädigt.

Über neun (9) Monate wurde das deutsche Volk mit verbindlich gesetzten Spitzenkandidaten bespielt. Die Spitzenkandidaten sind wahlentscheidend. Das weiss auch der ÖRR. Aus deutscher Sicht wurden die Grünen zweitstärkste Kraft hinter der CDU/CSU. Die SPD verlor dramatisch. Keiner braucht die mehr. Die AfD erzielte ein zweistelliges Ergebnis. Auf Eben der EU verloren die Schwarzen ebenso wie die Roten.

Und dann geschah das Unfassbare. In einer der perfidesten Hinterzimmerabsprachen wurde der Spitzenkandidat der EVP, Manfred Weber (CSU), „gekillt“ und von der Leyen (CDU) nominiert. Frankreich setzte die verurteilte Rechtsbrecherin Lagarde für die Nachfolge von Draghi bei der EZB durch. Merkels „Plagiatorin“ und von erschlagender Inkompetenz tief durchdrungene Skandal-Frau hätte niemals das Wahlergebnis eingefahren, das Manfred Weber erzielt hatte.

Unter Führung des ÖRR liefen die Medien nun zu Höchstleistung auf und verteidigten das ekelhafte Rochieren. Wie lässt der Erbe des unter den Nazis erwirtschafteten Vermögens im Tagesspiegel dann verkünden:

„Von der Leyen darf auch mit Stimmen von Populisten gewählt werden“.

Über Jahre werden die angeblichen Rechts-Populisten der Visegrád-Staaten durchgängig diffamiert. Die AfD wurde als populistisch verankert und neuerdings wird sogar von Faschisten geschrieben und gesprochen. Politik und ÖRR nudgen – leider oft ohne versachlichte Basis. Mit welcher überbordenden Hybris und Einseitigkeit wurde Trump's Wahlkampf 2016 begleitet. Und bei von der Leyen wurde dann der Dambruch vollzogen? So schnell geht das. Gestern Tabu, heute willkommene, legitimierte Wahl- und Kooperationspartner.

Die Vertreter des Medienimperiums von Dieter von Holzbrinck – Die Zeit, Tagesspiegel, Handelsblatt, wiwo – sind massiv in der Atlantik Brücke und bei den Bilderberg-Veranstaltungen vertreten. Sie sind der Kanal, um das entsprechende Gedankengut mit Vehemenz in der Bevölkerung zu verankern. Und dann:

„Von der Leyen darf auch mit Stimmen von Populisten gewählt werden“.

Merkel ist Bilderbergerin. Macron ist Bilderberger. Von der Leyen war drei (3) mal bei Bilderberg-Treffen. Und nun soll sie Kommissions-Chefin der EU werden, bei der Vita, bei dem Plagiatorengeist, auf Basis medialer Täuschung und des perfiden Wahlbetrug? Aber sie steht für höhere Militärausgaben, eine EU-Armee und ggf. für Krieg.

Nicht Verschwörungstheorie sondern bitte Fakten: Wer entscheidet über Wahlen und Personen? 400 Millionen wahlberechtigte Europäer oder eine demokratisch nicht legitimierte Clique mit Eigeninteressen?

Von der Leyen handelte wie stets Merkel konsequent und völlig systemkonform: Sie engagierte mit Christian Thiels einen ARD-Mann als ihren Medien-Berater. GroKo und ÖRR sind EINS.

Und nun stellt das System EU eine Kommission zusammen, deren Mitglieder im Verdacht stehen Straftaten begangen zu haben, die teilweise zu ungeheuren Vermögen gekommen sind und deren Rolle in keiner Weise transparent ist. Da wird nicht den Bürgern gedient, nicht deren Interessen vertreten. Siehe dazu: „Warum ich die EU-Kommission ablehnen werde – Von der Leyen will Geschlechterparität für ihr Kommissionsteam. Nötiger wäre eine Quote für Nicht-Vorbestrafte und Millionäre ohne Interessenkonflikte.“ . Quelle: Zeit, 26.11.2019

Das Framing, das Nudging aus Politik und Medien verfiel bei der EU-Wahl nicht. Zu groß war der Druck durch verstetigten Zwang, das perfide Menschenbild der GroKo und dem verstetigten Neo-Exkrementalismus. Nur handfester Betrug konnte die CDU diesmal retten.

Noch nie wurden die Bürger gezielt so getäuscht und betrogen, wie durch das strategisch geplante Vorgehen der Kanzlerin zusammen mit Ihrem ÖRR. Bilderberg zieht im entscheidenden Moment – aller Beobachtung nach – die Strippen. Art. 20 GG ist hinfällig. Wahlen sind nicht frei, evtl. noch geheim, in keinem Fall effektiv. Sie spielen keine Rolle mehr.

Auch AKK ist für höhere Militärausgaben, für eine Europäische Armee, für einen großen Flugzeugträger und Präsenz im Süd-Chinesischen Meer. Bahnt sich da schwarz, blau, gelb an? Die Gespräche laufen bereits auf mehreren Ebenen. Werden Historiker das Ereignis eines Tages als Wendepunkt zur Re-NAZifizierung Europas durch Deutschland schreiben?

Das europäische Haus wurde – vornehmlich von SPD, CDU/CSU – auf drei (3) Säulen gegründet:

- Steuerbetrag Euro 825 Mrd. p.a., z.B. SPON, 25.01.2019
- Target II-Salden: Euro 837 Mrd. (Italien und Spanien jeweils mit etwa minus 400 Milliarden Euro). Stand 31.10.2019, Dt. BuBa, <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/unbarer-zahlungsverkehr/target2/target2-saldo/target2-saldo-603478>
- Zinsverluste: Euro 648 Mrd. HB 15.05.2019

Das ist das Europa, dass SPD und CDU gebaut haben. Ein brennendes Kartenhaus, dass mit seinen morschen Balken im Treibsand versinkt. Der Steuerbetrag ist gewollt.

„Bittere Niederlage für Steuergerechtigkeit: Deutschland verhindert im EU-Ministerrat Mehrheit für Steuertransparenz von Großunternehmen“. Sven Giegold, nds, 29.11.2019

Die offiziellen Steuersätze könnten halbiert werden. Die Länder der EU hätten dennoch Euro 400 Mrd p.a. zur Verfügung, wenn die geringeren Sätze dann konsequent gezahlt werden würden.

Die Target-II-Salden können als Barometer für Spannungen innerhalb des Euro-Systems interpretiert werden. Für die Forderungen gibt es – eingeschränkt – kein Kollateral. Im Fall eines Euro-Austritts Italiens oder Spaniens wäre das Geld weg. Die Forderungen Deutschlands liegen etwa in der Höhe des halben Auslandsvermögens. Die Zinsverluste sind „brutto“. Rechnet man Zinsersparnisse für Schuldendienste dagegen reduziert sich der Betrag um etwa Euro 190 Mrd. Der Netto-Verlust ist die Maßzahl für die Zerrüttung des Bürgertums.

Nachdem die Migrationskrise das europäische Haus zerreisst, die zukünftige strategische Ausgestaltung völlig offen ist und Deutschland mit seinen exorbitanten Handelsüberschüssen und der damit verbundenen Dominanz wieder richtig gefürchtet ist, nun die EU-Armee unter deutscher Führung.

„Alle haben Angst vor Deutschland, einschliesslich der Deutschen selbst“

„Erstens befürchteten schon 1990 viele, ein wiedervereinigtes Deutschland würde zur neuen Vormacht in Europa werden. Mit der deutschen Vereinigungskrise trat diese Wahrnehmung eine Zeitlang zurück. Seitdem Deutschland aber zu neuer ökonomischer Stärke gefunden hat, also seit etwa 2005, hat es wieder jene «halbhegemoniale Stellung» in Europa, von der schon für das Bismarck-Reich die Rede war. Aktualisiert wurden diese Potenziale dann, zweitens, durch die Euro-Schuldenkrise und die Flüchtlingskrise.“

Quelle: NZZ, Der Historiker Andreas Rödder, 28.11.2018

Alle haben Angst!!! Gesinnungsethik hat einer Verantwortungsethik zu weichen!

Im Fazit ist zwingend festzuhalten: Der ÖRR macht – auch im nackten Eigeninteresse – Wahlgewinner und -verlierer. Wenn die PR-Techniken über Meinungsumfragen, Nudging und Framing nicht mehr funktionieren, dann wird gezielt und intendiert betrogen.

Ich kann das System ÖRR nicht mit finanzieren, denn damit würde ein Beitrag zu Betrug und ggf. zur Re-NAZifizierung Deutschlands und Europas geleistet werden.

P.S.: Mit einer Hand voll Stimmen – 73, um genau zu sein – schaffte die FDP den Einzug in das Landesparlament Thüringen. Und das nach den betrügerischen Stimmenausschüttungen in z.B. Bremen oder bei den Briefwahlen im Saarland.

Am 05.02.2020 wurde Thomas Kemmerich, ein FDP-Abgeordneter, im dritten Wahlgang mit den Stimmen der AfD, der CDU und den fünf (5) Abgeordneten der FDP zum Ministerpräsidenten gewählt. Alle empörten sich, wie immer: synchronisiert, monothematisch, fragmentiert, hoch-emotional.

Was fällt auf:

- I. Die gesamte Presse empört sich, dabei stechen die Kampfblätter der Atlantik Brücke und Bilderberger – Dieter-von-Holzbrinck-Imperium: Tagesspiegel, Zeit, Handelsblatt, wiwo – hervor.

Während im Fall von von der Leyen der Tagesspiegel schrieb:

„Von der Leyen darf auch mit Stimmen von Populisten gewählt werden“,

wird die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) – es ist nicht bekannt, dass Herr Kümmerlich zur Kernregierung der Bilderberger gehört – als Tabu-Bruch geframed.

- II. Herr Daniel Günther (CDU) empört sich ebenso wie die gesamte SPD: „Unverzeihlich“! Dabei haben SPD, CDU/CSU das Reüssieren der sogenannten „Populisten“ – „tagging“ ist eine Technik der Propaganda – zu vertreten. Bereicherung, schlechte Politik (HSH-Nordbank: 14 - 17 Mrd Lasten), Bevormundung (nicht nur ÖRR) bis hin zum geöffneten Tor zu einem neuen okkulten Hyper-Faschismus (die aggressiven Vertreterinnen zur Doppelten Widerspruchslösung Frau Hiller-Ohm (SPD) und Frau Prof. Claudia Schmidtke (CDU) kommen aus Lübeck).

Ich hatte den Bundespräsidenten lange vor den Wahlen in Thüringen darauf hingewiesen, dass der Druck, der durch Ideologie, Gesinnungsethik, Inkompetenz und zunehmende Korruption auf die Bürger ausgeübt wird, Gegendruck provoziert. Leider verstehen die „Akteure der Mitte“ allem Anschein nach nichts von System-Dynamiken. Sie klammern sich an Macht und werden dabei repressiv!

- III. Der Freitag schrieb am 05.02.2020, „Das ist ein Dammbbruch“:

„Sie haben es nun getan, gegen alle demokratische Vernunft, mit einer Höcke-AfD, die in den vergangenen Tagen ein bürgerliches Bündnis beschwor. Bürgerlich nannte sie ihren Kandidaten, den Bürgermeister von Sundhausen, Christoph Kindervater. Bürgerlich würde die AfD zum ersten Mal im Öffentlich-rechtlichen Fernsehen nach der Sachsenwahl genannt, von der Moderatorin Wiebke Binder. Es gab einen Aufschrei, man befürchtete einen sich anbahnenden Dammbbruch. Man hatte Recht.“

Wiebke Binder ist Moderatorin beim MDR. Der MDR wird - in der Zwischenzeit bekannt – von Karola Wille – 275.000 Euro Gehalt, über 17.000 Euro Ruhegeldzusagen pro MoNaT!!! – geleitet und sie ist: Merkel-Vertraute (Bilderberg). Karola Wille hatte die Haft gegen Frau Baumart – 61 Tage Knast – verfügt. Wie sonst auch sollen solche Ruhegeldzusagen erfüllt und finanziert werden?

Die Parteien hatten nach dem Einzug der AfD 2017 die Taktik beschlossen, die Fraktion zu ignorieren, zu isolieren und zu meiden. Schon damals gaben nur einige FDPler einigen AfDlern noch die Hand.

Nun hatte das „kleine Licht“ Wiebke Binder den Auftrag und bezeichnete eine „Koalition aus CDU und AfD in Sachsen als „bürgerlich“. Jetzt kam halt die FDP noch dazu. Bedeutet das: „Re-NAZifizierung“?

Das Gros der Politik hat längst die Kontrolle über den „Staat-im-Staate“ verloren. Da ziehen nur noch kleine Interessengruppen – ja, auch Bilderberger, Atlantik-Brückler – die politischen Fäden.

- IV. Was ist zu tun?

Wahlen sind nicht mehr frei und fair. Wahlen sind choreographiert, gestaged und: Betrug!. Die Gewalt geht nicht mehr vom Volke aus (Art 20 GG). Lösen Sie den ÖRR auf. Ein intakter Informations- und Debattenraum ist der Anfang für gute Politik und ethisches Handeln. Handeln sie zum Wohle der Bürger und des Landes. **Lösen sie den Beitragszwang auf!** Amnestieren Sie, erlassen Sie die Forderungen!